

# Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.  
Abonnementspreis durch die Post inkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.  
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:  
**Leipzig**  
Zeiger Strasse 32, IV., Volkshaus  
Telephonruf 7903.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die gespaltene  
Petitzelle oder deren Raum berechnet. — Inserate werden nur gegen  
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.  
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 45.

Sonnabend, den 5. November 1910.

14. Jahrgang.

## Inhalt.

**Hauptblatt:** Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. —  
Vorwärts! — Aus dem Odenwald. — Der Wiener Gewerkschaftskongress und der Separatismus. — Mehr Einsicht. —  
Korrespondenzen. — Rundschau. — Pneumatischer Meißel und  
Ornamentik. — Duttung. — Allgemeine Bekanntmachungen. —  
Adressen-Änderungen. — Briefkasten. — Anzeigen.

**Beilage:** Ein Jubiläum der Schmach. — Wirtschaftliche  
Rundschau. — Der Christliche Keram- und Steinarbeiterverband,  
seine Verwaltungs- und Finanzpraxis. — Feuilleton: Die Leidens-  
geschichte der fünf Steinmehlen. I. — Literarisches.

## Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist  
wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende  
Nummer die Bekanntmachung weg.)

**Gesperert sind:** Mainz: Marmorwarenfabrik J. N. Köbig.  
— Niederprünst: Firma Kinatader. — Königs-  
berg: Granitwerk Eckart.

**Im Granitbezirk des Odenwaldes (Heppenheim, Kirch-  
hausen, Sonderbach, Hemsbach)** sind wegen einseitiger  
Auslegung des Bezirkstarifs, soweit die Brecherarbeit  
in Frage kommt, ernstliche Differenzen ausgebrochen.  
Die Brecher sind am 24. Oktober in den Streik ge-  
treten, und die Steinmehlen, welche Brecherarbeit ver-  
richten sollten, lehnten dieselbe ebenfalls ab. Darauf-  
hin kündigten die Unternehmer etwa 150 Steinmehlen  
das Arbeitsverhältnis. Zugang in das Ausstandsgebiet  
ist streng fernzuhalten.

**Neuforg.** Die Vereinigten Fichtelgebirgs-Granit-,  
Syenit- und Marmorwerke erklären den in diesem  
Jahr abgeschlossenen Tarif als zu hoch. Die Arbeiter  
im Stundenlohn sollen sich zwei bis drei Pfennige ab-  
ziehen lassen, die Akkordarbeiter sollen sich den Tarif  
um drei Prozent kürzen lassen. Die Firma denkt durch  
diese Tarifumgehungen Arbeiten zum Erweiterungsbau  
des Nordostseehafens zu erreichen. Unsere Verbands-  
mitglieder lassen sich eine solche Lohnkürzung nicht ge-  
fallen.

**Baumholder.** Die Firma Burger verlangt, daß ihre  
Arbeiter aus dem Verbandsverbande austreten und die Bücher  
abgeben sollen. Zugang ist zu vermeiden.

**Oppach.** Die Granitfirma Tempel & Mainhold ist  
wegen Tarifreduzierung gesperrt. Die Firma schenkt  
„Winterlöhne“ einführen zu wollen.

**Niederlamitz.** Wegen Nichterhaltung des Tarifes haben  
bei der Fichtelgebirgs-Granit-Aktiengesellschaft  
die Kollegen am 31. Oktober die Arbeit niedergelegt.  
Nach Redaktionsluß meldet uns ein Telegramm,  
daß die Differenzen zu Gunsten der Kollegen erledigt  
sind. Die Arbeit wurde wieder aufgenommen.

**Schweiz.** Gesperert sind: Basel für Kunststeinarbeiter;  
Surava für Tuffsteinarbeiter. — Zürich: Marmor-  
firma Schneebeli.

**Oesterreich.** Gesperert sind folgende Orte: Ofeg, Nixdorf,  
Göding, Rauthausen, Schwertberg, St. Georgen, Sar-  
ningstein, Borg, Linz, Freistadt, Fürstenbrunn, Blasche  
und Schubertkreze.

## Vorwärts!

Was aber ist deine Pflicht?  
Die Forderung des Tages.  
Goethe.

Die Arbeiterschaft steht in einer bewegten Zeitperiode.  
Das deutsche Unternehmertum, im Verein mit den bür-  
gerlichen Parteien, lechzt nach Zuthausgesetzen für die  
jenigen, die es den Kapitalisten ermöglichen, immer  
reichere Gewinne einzustocken. Der immense Fleiß der  
deutschen Arbeiter soll unternehmerseitig mit einer boden-  
losen Rechtsverschlechterung belohnt werden. — In den  
bürgerlichen politischen Kreisen wird die Parole zum  
„Sammeln“ ausgegeben; man will den Pottentotten-  
wahlschwindel von 1907 bei der nächsten Reichstagswahl  
in anderer Auflage aufleben lassen. Aber daß sich die Ar-  
beiter ein zweitesmal nicht so leicht einreisen lassen, wissen  
auch die schamlosen Interessenpolitiker des Bürgertums.

Aus den meisten Erwerbszweigen kann jetzt noch be-  
richtet werden, daß der Stand der Konjunktur ein gün-  
stiger ist, die deutschen Gewerkschaften haben in diesem  
Jahre um Zehntausende von Mitgliedern  
zugewonnen, und mit großem Reiz sehen die christ-  
lichen Gewerkschaften diesem glänzenden Vormarsch zu.  
Auch der Zentralverband Deutscher Steinarbeiter kann  
im 3. Quartal dieses Jahres einen ansehnlichen Mitglie-  
derzuwachs buchen. Im letzten Quartal wurden etwa  
1500 neue Mitglieder gewonnen und unser Verband hat  
gegenwärtig mindestens 21 000 Mitglieder. Wenn wir  
nicht die ganz genauen Ziffern vorlegen können, so des-  
halb, weil leider noch einige Abrechnungsformulare  
fehlen. Doch ein gewaltiger Fortschritt bezüglich der Mit-  
gliedervermehrung ist bei uns unverkennbar. Die Ein-

führung einer niedrigen Bettragsklasse für die Hilfs-  
arbeiter hat sich gut bewährt. Diese Neuerung war eine  
unbedingte Notwendigkeit, das zeigt schon das Ergebnis  
des 3. Quartals, in welchem diese Änderung zur Geltung  
kommt. Und die Agitation in der Zukunft wird unsere  
Meinung noch mehr bestätigen. Jedem Verbandskollegen  
muß das Herz höher schlagen, wenn feststeht, daß sich um  
die Fahne des „roten“ Steinarbeiterverbandes, wie die  
Gegner zu sagen pflegen, 21 000 Berufskollegen grup-  
pieren.

Wir müssen aber gerade jetzt nochmals hinausrufen  
in die Steinbruchgebiete: Kollegen, setzt mit unermü-  
dlicher Emsigkeit in der Agitation ein, um im 4. Quartal  
abermals 1000 bis 1500 Mitglieder neu zu gewinnen.  
Dieses Ziel können wir erreichen, wenn alle Kolle-  
gen ihre Pflicht tun. Die Agitation auf den Werk-  
plätzen, in den Steinbrüchen, auf den Verladerrampen muß  
mit Umsicht gepflogen werden. Am erfolgreichsten aber  
wird in den meisten Fällen die guteingeleitete Haus-  
agitation sein. Diese Methode der Agitation wurde in  
der Steinindustrie bisher viel zu wenig beachtet. Aus den  
Bezirken Demitz-Thumitz, Striegau, Beucha-Brandis wird  
uns die Mitteilung, daß mit dem Betreiben der Haus-  
agitation ganz respektable Erfolge erzielt wurden. Die  
Indifferenten kommen nur in den seltensten Fällen in  
unsere Versammlungen; suchen wir sie deshalb in ihren  
Wohnungen auf und setzen ihnen in leichtverständlicher  
Weise den großen kulturellen Wert der Gewerkschaftsbe-  
wegung auseinander. Gelingt die Umstimmung nicht das  
erstemal, gut, dann muß ein zweiter und dritter Gang  
riskiert werden: denn Rom wurde auch nicht in einem  
Jahre erbaut. Unsere Kollegen, die einer körperlich sehr  
gefährlichen Arbeit nachgehen, müssen Zähigkeit und Aus-  
dauer besitzen, wenn es heißt, dem Verband etliche Stun-  
den durch agitatorische Kleinarbeit zu nähern.

Weit über 13 000 Mitglieder schaffen zu tariflich ge-  
regelten Arbeitsbedingungen, und auf dem Gebiete der  
Arbeitszeitverkürzung haben wir ebenfalls ansehnliche  
Erfolge aufzuweisen. Die Bundesratsverordnung hat  
nur unser Verband erkämpft. Wo waren damals die  
Hirsch-Dunderschen und christlichen Gewerkschaften? Jetzt  
sehen diese Leute mit unsern Erfolgen hafteren; sie  
schmeicheln sich überall als „billige Jakob“ ein, aber trotz-  
dem sind diese Herrschaften auf den Aussterbeetat gesetzt.  
(Ueber den „großen“ christlichen Steinarbeiterverband  
wird an anderer Stelle dieses Blattes das nötige gesagt.)

Ueber den Aufstieg unseres sturmerprobten Verbands  
des im 3. Quartal möchten wir einige Detailziffern aus  
den Abrechnungen vorführen:

Die Zunahme bewegt sich folgendermaßen:

1. Gau (Berlin). Zahlstellen: Berlin 85.
2. Gau (Striegau). Zahlstellen: Beuthen 9, Strehlen  
68, Striegau 110, Häslich 101.
3. Gau (Dresden). Zahlstellen: Aue 25, Baugen 22,  
Bischofswerda 34, Cunewalde 18, Demitz-Thumitz 135,  
Dresden-Birna 76, Königsberg 19.
4. Gau (Leipzig). Zahlstellen: Altleben 13, Wurzen  
38, Beucha 53.
5. Gau (Erfurt). Zahlstellen: Jena 9, Gotha 9, Langen-  
salza 9, Mühlhausen 27.
6. Gau (Hannover). Zahlstellen: Gommern 58, Eiter-  
hagen 17, Halberode 17.
7. Gau (Köln). Zahlstellen: Balduinstein 33, Bede 21,  
Blombacherbach 30, Köln I 12, Dortmund 28, Düsseldorf  
41, Kupferdreh 49, Manen 62, Münster 26, Neuwied 17,  
Zinnhain 27, Elberfeld 21.
8. Gau (Mannheim). Zahlstellen: Alsenz 18, Darm-  
stadt 15, Dürkheim 45, Hochstätten 100, Frankfurt a. M. 28,  
Ludwigshafen 14, Nieder-Ramstadt 39.
9. Gau (Karlsruhe). Zahlstellen: Erstein 18, Kappel-  
rode 22, Karlsruhe 14, Mühlhausen (Elb) 15, See-  
bach 12.
10. Gau (Regensburg). Zahlstellen: Weihenstadt 26,  
Niederlamitz 25, Aunkirchen 13, Büchlberg 24, München 27.
11. Gau (Würzburg). Zahlstellen: Würzburg 18, Bürg-  
stadt 22, Ziegelanger 51, Grünsfeld 17.

Der 7. Gau, der von den Christlichen am meisten be-  
drängt wird, hat, wie Figura zeigt, den schönsten Mit-  
gliederzuwachs zu buchen. Aber auch die übrigen Bezirke  
können sich mit den Zunahmen sehr wohl sehen lassen. —  
Nun werden sicherlich die Leser unseres Blattes geneigt  
sein, einzuwenden: ja, für heuer ist es zu spät, um mit  
Elan nochmals mit der Agitation einzusetzen. Nein, es  
ist nicht zu spät; denn mit dem Arbeitsmarkt ist es noch  
gut bestellt, wie nachstehende Ausschreibungen beweisen.  
Es werden benötigt:

- Heidelberg, Wasserbauinspektion: 3000 qm Pflaster-  
steine.  
Schlichtern, Eisenbahnbauabteilung: 163 obm Wert-  
steine.  
Rattowitz, Eisenbahndirektion: 200 000 Tonnen Stein-  
schlag (= 20 000 Eisenbahnwaggons).  
Paderborn, Landesbauamt: 3704 obm Deckensteine,  
524 obm Kleinpflastersteine aus Basalt oder Grauwade.  
Hagen, Landbauamt: 3872 obm Basaltkleinschlag,  
489 obm Grauwadekleinpflaster.  
Danzig, Magistrat: 1100 m Randsteine, 7000 qm Klein-  
pflastersteine.

Münster, Landesbauamt: 2519 obm Deckensteine, 445 obm  
Kleinpflastersteine.

Kathenow, Stadtbauamt: 13 000 qm Pflastersteine,  
3130 m Randsteine.

Dortmund, Landesbauamt: 3500 obm Basaltkleinschlag.  
Coblenz, Eisenbahnbauabteilung: 5500 obm Basalt-  
lava-Steinschlag.

Osnabrück, Eisenbahnbauabteilung: 1400 qm Pflaster-  
steine.

Biegnitz, Magistrat: 10 000 qm Pflastersteine, 2000 m  
Randsteine.

Trier, Eisenbahnbetriebsinspektion: 585 qm Wert-  
steinabdeckplatten.

Mühlader, Eisenbahnbauinspektion: 3840 obm Schotter  
aus Mischschutt.

Niederbarnim, Bauamt: 28 000 qm Pflastersteine  
und 11 700 m Streckensteine.

Hannover, Eisenbahndirektion: 1142 obm Wert-  
steine.

München, Magistrat: 49 680 qm Kleinpflaster-  
steine, 65 108 qm Kopfsteine.

Bremen, Tiefbauinspektion: 3500 qm Pflastersteine  
aus Granit, erste Sorte, 32 000 qm Pflastersteine aus  
Granit, zweite Sorte, 2500 qm Pflastersteine dritte Sorte  
und 17 000 m Randsteine aus Granit oder Basaltlava.

Bochum, Landesbauamt: 3400 obm Basaltkleinschlag.  
Magdeburg, Eisenbahndirektion: 192 000 Tonnen  
Kleinschlag (gleich 19 200 Eisenbahnwaggons).

Die Ausschreibungen sind aber damit noch keineswegs  
beendet. Steinbedarf macht sich aber weiter geltend in  
Bergedorf b. Hamburg, Coswig, Cutin, Fürth  
i. B., Glogau (Reuterbrunnen), Großblitters-  
dorf (Saarbrücke), Halle a. S. (Straßenpflasterun-  
gen), Horst-Emscher, Rheinland, (Straßenpflaste-  
rungen), und Klein-Flottbeck (Straßenpflasterun-  
gen).

Wie aus Vorstehendem hervorgeht, handelt es sich um  
ganz gewaltige Lieferungen, welche der deutschen Stein-  
industrie zugute kommen. Unsere Kollegen werden in den  
nächsten Monaten Arbeit in Hülle und Fülle bekommen.  
Und an den Lieferungen sind alle Berufsgruppen in der  
Steinindustrie sehr stark interessiert. Um die gewaltigen  
Aufträge von Pflastersteinen erledigen zu können, müssen  
die Abräumer, Bohrer, Brecher und Steintransporteure  
ihre schwierige Arbeit, die leider nur minimal entlohnt  
wird, getan haben. Da heißt es gerade die Saumseligen  
aufzurütteln und sie dem Verbandsverbande zuzuführen.

Daß die freien Verbände die Zeit zu nützen verstehen,  
geht aus einer Auslassung der christlichen „Keram- und  
Steinarbeiterzeitung“ hervor. (Siehe Nr. 43.) Das  
Blatt schreibt:

Namentlich die sozialdemokratischen Organisationen setzen  
sich seit Monaten alle Hebel in Bewegung, große Massen  
unorganisirter Arbeiter in ihre Fangarme zu bekommen.  
Ihre Vertrauensmänner und auch die einzelnen Mitglieder ent-  
fallen eine Mühseligkeit, die man christlichen Arbeiter tief be-  
schämen müßte. Um jeden Mann, um jedes ein-  
zelne Mitglied muß heute gekämpft werden.

Daß uns die Gegner eine so große Anerkennung zollen  
müssen, mag ihnen besonders schwer fallen. Die naive  
Redensart: „Es nützt ja doch nichts“, kann heute tausend-  
mal mit den erzielten gewerkschaftlichen Erfolgen wider-  
legt werden. Unsern Kollegen rufen wir in dieser ersten  
Zeit zu: Ihr müßt ihn wagen, den Kampf um  
die Freiheit wie den Kampf ums Leben, wie  
Fr. v. Sallet schrieb:

## Wagen und schlagen.

Oh ihr es nicht werdet wagen,  
Wie auf einen Rauberschlag  
Eure Haut z' Markt zu tragen,  
Kommt uns nicht der Freiheit Tag.  
Väghelnd seht ihr, wie sie's treiben,  
Geht prophetisch zu verstehen:  
„Still! Es kann ja nicht so bleiben,  
Still! Es muß ja vorwärts gehn.“  
Und so könnt ihr tausend Jahr noch  
Sagen, daß es kommen muß,  
Und wir rücken fort kein Haar noch,  
Immer gaffend über'n Fluß.  
Doch wenn keinen Kampf ihr waget,  
Bleibt die Mumie ferner stehn,  
Und wenn ihr sie nicht zererschlaget,  
Wird die Aechtschaft nie zergehn.

## Aus dem Odenwald.

Bereits seit einigen Jahren sind wir es im Verbandsvor-  
stand gewöhnt, sobald der Winter im Anzuge ist, daß aus dem  
Granitbezirk Heppenheim und Umgebung Alarmnachrichten ein-  
laufen! Die Unternehmer dieses Bezirks können es sich nicht  
verkneifen, beim Abflauen der Arbeit an dem Tarifvertrags-  
verhältnis zu rütteln. Wer dann etwa den betreffenden Herren  
ihre böse Absichten vorhält, wird ihrerseits ganz verwundert  
angesehen und heimlich unter die „Heher“ einrangiert. Der  
Zweck dieser Übungen lag bisher in jedem einzelnen Falle klar.  
In den vorhergehenden Jahren galt es durch Massenklindigungen  
und Entlassungen unsere Kollegen bei der Erneuerung des Be-  
zirkstarifs gefügig zu machen und jetzt, wo eine Erneuerung  
noch nicht in Frage kommt (der Tarif hat noch Gültigkeit bis  
1911), soll die Mindereinnahme der flauen Jahreszeit durch die  
Verschlechterung der Arbeitsbedingungen ausgeglichen werden.  
In welcher Weise die Unternehmer es beabsichtigen und im



„guten Glauben“ sich dabei auf den Tarif berufen, wird im weiteren Verlauf dieses Artikels dargelegt werden. Sie sind jedenfalls der Ansicht, weil nun schon dreimal die dortigen Stein- arbeiter sich den Verhältnissen anpassen oder vielmehr anpassen mußten, auch diesmal ihre Absicht durchsetzen zu können. Ja, es hat überhaupt den Anschein, als wenn einige Unternehmer sich nach und nach zu der Anschauung durchdringen, daß ein Tarif- vertrag nur die Aufgabe habe, die Ansprüche der Arbeiter wäh- rend des flotten Geschäftsganges zu unterbinden, damit sie, die Unternehmer, in aller Gemütsruhe produzieren können. Ist dann der flotte Geschäftsgang vorüber, wird den Arbeitern für ihr „Stillhalten“ auch noch eine „Belohnung“ in Form von Ver- schlechterungen präsentiert. Daß diese Tarifpolitik bei uns kein Verständnis findet, dürfte wohl auch den Unternehmern klar sein. Haben wir uns auch einmal aus taktischen Gründen den jeweiligen Verhältnissen angepaßt, so soll es dagegen nicht zur Gewohnheit werden! Das mögen sich die Unternehmer des be- treffenden Bezirks recht deutlich gesagt sein lassen!

Den jetzigen Differenzen liegt folgendes zugrunde: Im Januar 1910 wurde nach langwierigen Verhandlungen der Be- zirkstarik erneuert und auch einige kleine Verbesserungen gegen den vorhergehenden Tarif erzielt. Einige Bestimmungen, die schon seit nahezu vier Jahren im alten Tarif vorhanden waren und auch bisher keine Anstände gegeben hatten, wurden in den erneuerten Tarif übernommen; so die Position, die die Afford- löhne für Stöcher vorsah. Letztere arbeiteten seit langen Jahren, mit Ausnahme Unorganisirter, in einem Betriebe (Firma Rütth, Viebersbach) alle im Stundenlohn. Die Verhandlungs- kommission, die im Frühjahr 1910 unterleitet den Tarif zum Abschluß brachte, legte deshalb dieser Position auch keine Be- deutung bei, als von Herrn Rütth mit dem Hinweis auf Viebers- bach die Uebernahme aus dem alten Tarif verlangt wurde. Bei dieser Gelegenheit frug der unparteiische Verhandlungsleiter allgemein, ob Affordarbeit für die Stöcher in Frage kommen könne. Darauf gab Herr Bräuer aus Kirchhausen eine ganz unbestimmte Antwort für seinen Betrieb und die andern Herren schwiegen sich aus. Die Position wurde dann auf Wunsch unserer Kollegen im Interesse der Unorganisirten um einige Pfennige aufgebessert.

Für unsere Verbandskollegen hatte also nach dem bisherigen Gebrauch diese Bestimmung keine Bedeutung, sie hätte ihrerwegen also ruhig herausbleiben können. Unsere Kommission hatte unter Berücksichtigung dessen gar keinen Grund, gegen die Ein- führung in den neuen Tarif zu protestieren. Denn 1. arbeiteten die Stöcher seit Jahren nur im Stundenlohn, 2. gestattete die Betriebsweise in den Brüchen keine Affordarbeit und 3. regelte die in Frage stehende Position die Stöcherarbeit nur recht mangelhaft.

So war die Situation bei der Tarifverhandlung im Januar 1910. Auch werden die Unternehmer wissen, daß diese Ver- handlungen den Zweck hatten, die bis dato bestehenden Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hatten sie also damals schon die Absicht, dann geboten Treu und Glauben, damit herauszurücken und unsere Kommission hätte dann auch die Angelegenheit behandelt, wie es sich gehört. Daß die Unter- nehmer sich auszuweichen, erinnert an die Art und Weise der Rostkäufcher.

Die Betriebsweise in den Brüchen erfordert noch einige Be- merkungen. Die Stöcher haben die Arbeitsstücke auf Maß zu stoßen und oberflächlich zu boffieren. Sie erhalten nach dem Tarif einen Stundenlohn von 50 bis 58 Pf., wenn es gelehrte Steinmehnen sind. Aber nicht nur dieses hatten die Stöcher zu verrichten. Sie waren sozusagen „Mädchen für alles“, mußten kranen, karren, bohren, brechen usw., also Arbeiten ausführen, die in gut geleiteten Betrieben Tagelöhner verrichten, aus dem einfachen Grunde, weil es billiger ist.

Mit Ausnahme eines Steinbruchs sind die Zustände in den andern Brüchen haarsträubend; das ist Raubbau, aber kein Ab- bau der Felsen und man muß sich wundern, daß in diesen Böhren nicht noch mehr Menschen zerquetschert werden, wie es bisher der Fall war. Gerade der Steinbruch des Unternehmers, der bei der Tarifunterhandlung über die eventuelle Affordarbeit der Stöcher die gewundene Erklärung abgab, sieht aus, als wenn ein Erdbeben alles durcheinander gewürfelt hätte. Wie bei diesen Zuständen die Stöcher im Afford ihren Lohn verdienen sollen, ist vorläufig noch Geheimnis der in Frage kommenden Unter- nehmer. Abhilfe ist nur möglich, wenn Hilfsarbeiter eingestellt werden, welche die Nebenarbeiten der Stöcher verrichten, die Brüche ausräumen vom Abfall und Schutt und dauernd diesen Zustand aufrecht erhalten. Erst dann kann die Einführung der Affordarbeit erwogen werden; allerdings müssen dann noch die vorkommenden Arbeiten tarifiert werden, sonst nimmt die Streiterei am Jahrtag kein Ende.

Grundsätzlich sind unsere Kollegen nicht gegen die Afford- arbeit, aber wie die Verhältnisse dort jetzt sind, ist es auch nach unserer Meinung unmöglich. Den Unterneh- mern sind diese Zustände ebenso gut bekannt, und wenn sie trotz- dem auf ihrer Absicht bestehen, dann ist das etwas „starker Tabak“ und man geht nicht fehl, zu vermuten, daß noch mehr dahinter steckt.

Interessant ist nun die Behandlung dieser Angelegenheit durch die Unternehmer. An der Hand der Korrespondenz wollen wir nachweisen, daß die Unternehmer von vornherein durch Ge- walt den Protest der Steinarbeiter beseitigen wollten.

Am 5. Oktober 1910 hielten die Unternehmer eine außer- ordentliche Generalversammlung ab und beschloffen:

Vom nächsten Jahrtag ab muß in sämtlichen Be- trieben der Verbandsmitglieder im Afford gestrichen werden. Nach Position 25 des Bezirkstarifs.

Der Firma Odenwald-Granitwerke in Weenheim wird wegen ihres Maschinenbetriebs beim Stoßen gestattet, vorerst im Tagelohn weiter stoßen zu lassen. Die Firma hat jedoch bis zum 1. Januar dem Vorstand mitzuteilen, welchen Afford- satz sie für Stoßen festsetzen kann.

Ausdrücklich wird beschlossen, daß kein Verbandsmitglied einen Stöcher oder Steinhauer einstellen darf, welcher wegen Einführen des Affordstoßens bei einer andern Firma aus- getreten ist, und zwar in der Zeit von jetzt bis 1. Januar 1911. Denjenigen Verbandsmitgliedern, welche ihre Steine selbst stoßen (?), wird erlaubt, bis auf weiteres im Tagelohn zu stoßen. (?)

Jede Uebertretung wird gemäß der Verbandsstatuten mit 500 Mk. Konventionalstrafe belegt.

Dieser Beschluß ist den Unternehmern des Bezirks zugestellt, die dann auch am 6. Oktober unsere Kollegen auf die Veränderung ab nächsten Jahrtag aufmerksam machten. Ja, einer der Herren war so übereifrig, daß er sofort die Affordstocherei verlangte. Erst nachdem unsere Kollegen durch Arbeitsruhe protestierten, wurde die Galgenfrist verlängert.

Für den Bezirk wurde beim Tarifabschluß auch eine Schiedsgerichtsordnung vereinbart, deren § 2 vorsteht, daß alle aus dem Tarifverhältnis entstehenden Differenzen dem Schieds- gericht unterbreitet werden müssen. Nun ist leider der unpar- teiische Vorsitzende gestorben. Aber der Todesfall des Vorsitzen- den kann doch kein Grund sein, sich über das Schiedsgericht ohne weiteres hinwegzusetzen; denn als die Arbeiter durch eine Zu- schrift an den Unternehmerverband, Sie Heppenheim, gegen die Einführung protestierten, mußte nach unserer Auffassung das Schiedsgericht angerufen werden. Statt dessen ging aber dem Vorsitzenden unserer Zahlstelle Kirchhausen, Kollegen Moos- müller, folgendes Schreiben zu:

Im Besitze Ihrer Zurschrift teilen wir Ihnen mit, daß der Verband gerungen war, das im Tarif bestimmte Afford-

stoßen allgemein einzuführen, da die Unternehmer bei dem Tagelohnstoßen ihre Rechnung nicht finden konnten.

Der Verband hält seinen diesbezüglichen Beschluß auf- recht, und machen wir schon jetzt darauf aufmerksam, daß wir ein Verweigerer des Affordstoßens als einen Tarifbruch ihrerseits betrachten, und sofort weitere Maßnahmen treffen werden.

Weil die Unternehmer ihre Rechnung nicht finden konnten, darum also soll die Affordarbeit durchgedrückt werden. Ja, wenn die Stöcher alle mögliche Arbeit verrichten müssen, dann kommen die gestohlenen Broden allerdings teuer. Dieses heraus- zufinden, verlangt doch keine Geistesstärke. Nun war doch logischerweise unsere Kollegenchaft gezwungen, weil grundsätz- lich der Afford nicht abgelehnt werden kann, Garantien zu ver- langen, daß Tagelöhner eingestellt werden, sie nicht die Neben- arbeiten umsonst machen müssen, und daß die vorkommenden Ar- beiten tarifiert werden. Solche Forderungen gingen selbstredend den Unternehmern zu, und ihre Antwort war:

**Beschluß wird hochgehalten. — Forderung der Arbeiter Ruin der Odenwald-Granitindustrie. — Tarifbruch der Arbeiter. — Die Unternehmer werden schon in ihrem eigenen Interesse bemüht sein, geordnete Verhältnisse zu schaffen, um den Stöchern ein ungekürztes Affordarbeiten zu ermöglichen.**

In diesen Sätzen liegt die Antwort der Unternehmer, und wenn da nun von einem Tarifbruch geredet wird, da ist es die Taktik, die einmal ein Dieb benutzte, als er sich verfolgt sah, in- dem er sich eiligst unter die Verfolger mischte und am lautesten schrie: „Haltet den Dieb!“

Wir bestreiten, einen Tarifbruch begangen zu haben; und angenommen, es wäre wirklich einer, dann sind die Granit- industriellen, Sie Heppenheim, die letzten, die sich darüber ent- rüsten können. Jahrelang haben sie es den Arbeitern vorge- macht. Wer also im Glashause sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Am 22. Oktober wurde dann der Bezirksvertrauensmann, Kollege Fischer, zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unter- nehmerverbandes bestellt und ihm bedeutet, daß nach 14 Tage nach dem alten System gearbeitet werden könne, denn mittlere- weile war auch die Kündigungsfrist abgelassen. Unser Kollege verzichtete selbstredend auf diese gnädige Gewährung und lehnte namens der in Frage kommenden Steinarbeiter die Verzögerung ab. Am 22. Oktober wurde dann auch in allen Betrieben ange- schlagen, daß vom 24. Oktober (Montag) ab nur noch im Afford gestohnen werde.

Dieses ist so in kurzen Zügen die Entwicklung der Diffe- renzen. Auf welcher Seite hier Tarifbruch verübt wird, ist nicht schwer zu entscheiden. Die mittelalterliche Auffassung, daß nur die Unternehmer bei solchen Änderungen allein entscheiden kön- nen, mögen sich die Granitindustriellen, Sie Heppenheim, abge- wöhnen; sie wissen ebenso gut wie die Granitarbeiter, daß die gewaltsame Auslegung der Tarifposition für die Steinarbeiter Stockprügel auf den Magen bedeuten, und hier ruhig stillhalten, ist nicht nach dem Geschmack der im Steinarbeiterverbande or- ganisierten Granitarbeiter des Odenwalds. Darum die Abwehr!

Am 23. Oktober fand im Saale des Herrn Schmaderer in Kirchhausen eine Bezirksversammlung statt. Der große Saal konnte die aus dem ganzen Bezirk herbeigeleiteten Kollegen kaum fassen. Der Bezirksvertrauensmann, Kollege Fischer, berichtete über den Lauf der Differenzen und appellierte an die Versamm- lung, ohne Leidenschaft und mit der nötigen Ueberlegung die richtige Entscheidung zu treffen. Der Vertreter des Vorstandes, Kollege Siebold, gab dann den Beschluß der Vertrauensmän- nerschaft bekannt, daß die Stöcher am Montag der Arbeit fern- bleiben und die Steinmehnen jede Stöcherarbeit zu verweigern haben. Es solle dann am Montag noch einmal versucht werden, eine Verständigung mit den Unternehmern herbeizuführen; ge- linge es nicht, dann müsse eine spätere Versammlung sich weiter damit befassen und stärkere Maßnahmen treffen. Vorläufig solle vom Abwehrstreik nicht geredet werden. Siebold bekräftigte den Beschluß der Leitung in längeren Ausführungen. Die Be- triebsweise in den Brüchen wurde eingehend besprochen. Nach kurzer Debatte hieß die Versammlung den Kommissionsvorschlag einstimmig gut.

Am 25. Oktober fanden nachmittags in Kirchhausen und abends 8 Uhr in Heppenheim je eine Versammlung statt, um Bericht über die angebahnten Verhandlungen entgegen- zunehmen. Kollege Siebold berichtete in beiden Versammlungen, daß der Unternehmerverband jede Unterhandlung über die strittige Position ablehne und unser Vorgehen mit Tarifbruch bezeichne. Die Stöcher seien den Brüchen ferngeblieben; dadurch wären die Bruchbetriebe so gut wie lahmgelegt. Der Unter- nehmer Bräuer in Kirchhausen habe sogar den Steinmehnen, die das Stoßen verweigerten, gedroht, sie durch Gendarmerie dazu zwingen zu wollen. So gehe die Sache denn doch nicht, aber es zeige, welcher Geist bei unsern Tarifkontrahenten herrsche. Am Montag sei dann allen Steinmehnen, Schmieden und Hilfs- arbeitern, letztere soweit sie Mitglieder unsres Verbandes sind, gekündigt worden. Die Unternehmer in ihrer Kurzsichtigkeit wollen den Kampf, das gehe aus ihrem ganzen Verhalten her- vor. Und, wie immer bei solchen Differenzen, haben jetzt die Arbeiter die Schuld, weil sie sich anmaßen, bei dieser Änderung der Arbeitsbedingungen ein Wort mitreden zu wollen. Es wurde nun beschlossen, den Kampf aufzunehmen, weil es unmöglich ist, bei den Bruchverhältnissen das Verlangen der Unternehmer anzunehmen. Eine Leitung aus sieben Personen wurde gewählt und ferner beschlossen, daß, solange die Kündigung in den andern Orten nicht abgelassen ist, sich sämtliche Beteiligte in Kirch- hausen zur Kontrolle zu melden haben. Siebold gab dann weitere Verhaltensmaßregeln. Nachdem noch einige auf die Abwehrbewegung Bezug habende Internia erledigt und der Gau- leiter S a r f e r t ein kurzes Resümee der Angelegenheit gegeben hatte, fanden die Versammlungen ihr Ende.

Damit ist der Kampf perfekt. In Kirchhausen sind bereits zirka 150 Kollegen beteiligt. Die übrigen werden erst nach Ab- lauf der Kündigungsfrist hinzukommen. Die Kollegen andern- orts haben nun dafür zu sorgen, daß Arbeitswillige nicht zu- ziehen. H. S.

## Der Wiener Gewerkschaftskongreß und der Separatismus.

Der Wiener Gewerkschaftskongreß, der soeben seine Be- ratungen beendet, hat zweifellos in der Frage des Separatismus die glücklichste Entscheidung getroffen, als er, den Antrag der Gewerkschaftskommission abändernd, beschloß, daß bei den „Ein- gangsverhandlungen“ mit den Separatisten an den grundsätz- lichen Bedingungen der einheitlichen Gewerkschaftsorganisation festzuhalten sei. Der Resolutionsentwurf der Reichskommission sprach bloß von der einheitlichen Führung der gewerkschaftlichen Kämpfe. Das aber, so wendeten die zentralistischen Tschechen mit Recht ein, kann man ebensogut mit nationalen oder christlichsozialen Arbeitergruppen vereinbaren. Man hätte mit einer solchen Fassung nicht bloß dem Separatismus einen mißge- lungenen Sieg geboten, es wäre erst recht die Einigung nicht gesichert gewesen. Wer konnte die Separatisten daran hindern, den An- trag der Kommission gegen die Zentralisten zu kehren? Diese, die so viel für die einheitliche Organisation gelitten haben, durf- ten nicht nachgeben, und es schlug dem Kongreß zum Heile aus, daß die Neben der tschechischen Zentralisten in der Separatismus- debatte den breitesten Raum einnehmen, denn hier sprechen Ken- ner der Menschen und Verhältnisse, sprechen Leute, denen die bittersten Erfahrungen alle Illusionen geraubt haben.

Die tschechischen Zentralisten erwarten von dem Friedens- willen ihrer Gegner gar nichts. Daß die tschechischen Vertreter in der Gesamtergebnisse kurze Zeit vor dem Kongresse der Ein- berufung einer Einigungskonferenz zugestimmt haben, läßt ihnen nicht das geringste Zutrauen ein. Sie machen vielmehr darauf aufmerksam, daß die Separatisten stets friedliche Mienen an- nahmen, wenn sie einen neuen Vorstoß vorbereiteten. So hat sich seinerzeit Banek in Brünn in dem Augenblick gegen die Tren- nung der Holzarbeiterorganisation ausgesprochen, als er die Statuten der Sonderorganisation bereits in der Tasche hatte, so wurden in diesen Tagen den Eisenbahnern in Prag die schönsten Zusicherungen gemacht, schon aber ist in dem mächtigen Eisen- bahnnotenpunkt Prazan die Bildung einer separatistischen Or- ganisation im Gange, die sicherlich wenigstens bei der mächtigen Landesexekutive die Anerkennung finden wird. So und ähnlich sind nach und nach alle Zentralverbände zerrissen worden. Die geheime Ministerarbeit hatte zumeist den Zweck, das Geld der Or- ganisation in die separatistischen Vereine hinüber zu lotfen. Ein besonders dreister Anschlag fällt unmittelbar vor dem Kongreß. Der Redakteur des Bergarbeiterfachblattes in Mährisch-Odrau, Budil, meldete der Beförderung, ohne der Organisation Mitteilung zu machen, daß er den Sitz des Blattes nach Kladoo verlege und machte Veruche, die 50 000 Kronen Verbandsvermögen loszu- kriegen, beides wurde noch im letzten Augenblick vereitelt. Man hatte sich zum Glück von ihm vorher einen Kewers unterschreiben lassen, daß er nicht der Eigentümer des Blattes sei. Dazu ge- sellen sich noch schlimmere Mittel, die an das Gehaben der Selben erinnern. Die Steinbrücker vereinbarten in Nordböhmen für die Chemigraphenbranche den Achttundentag, darauf setzten die Se- paratisten im Lohnstarif eine Arbeitszeit von 8 1/2 Stunden fest. In Trebitsch fangen die Separatisten die Arbeiter durch niedrige- re Beiträge ein. Dergleichen geschieht nicht erst heute. Schon 1906 bei der Bauarbeiterausperrung rieten die Separatisten den Arbeitern, sie sollten sich einweisen von Wien unterstützen lassen, nach der Aussperrung jedoch übertraten.

Man bemesse danach die Friedenshoffnungen, man bemesse sie nach der Sprache der separatistischen Blätter, die nach Kopen- hagen noch geschäftiger ist als vorher, man bemesse sie vor allem nach den Taten. Gleich nach Kopenhagen versammelte sich die Vertrauensmännerkonferenz der Separatisten. Sie lobte das Verhalten der Remec und Genossen in Kopenhagen, erklärte un- verblümt, der Kongreß habe aus falschen Informationen heraus- falsch gehandelt, verpflichtete jeden tschechischen Arbeiter, Mit- glied der separatistischen Konsumvereine zu werden und ver- kündete die Gleichwertigkeit der Prager Kommission mit der Reichskommission. In den Versammlungen huldigte man noch- lang dem schönen Sport, Entschließungsresolutionen gegen Able- zu erlassen. Gerade als die Gesamtergebnisse ihren persönlichen Beschluß faßte, wurde in Brünn der entscheidende Schlag geführt. Nach der Maifeier hatte die Mährische Landesexekutive mehrere Organisationen als außerhalb der Partei stehend erklärt. Das geschah, um die Zentralisten durch ein politisches Gewaltmittel in die Enge zu treiben, man entzog ihnen alle Möglichkeiten poli- tischer Organisation. Nun bauten nach langem Harren die aus- gesperrten Organisationen ihre politische Tätigkeit aus. Die separatistischen Blätter schlugen Lärm: Auf Wiener Geheiß schaffe man die Gegenpartei. Und nun erschien ein Klau, unter- schrieben von Banek, Tuzar und Jausar, die „im Namen“ der Landes- und der Wahlvereinsexekutive das Interdikt über zwölf Lokalorganisationen wiederholte und dreizehn der ältesten und tüchtigsten Gewerkschaftsorganisatoren aus der Partei ausschloß. Daß Mitglieder, außerhalb der Partei stehender Organi- sationen“ ausgeschlossen werden können, wäre als politisches Kuriosum zu bewerten, wüßte man nicht, daß hier bloß die Ab- sicht vorlag, treue Anhänger der einheitlichen Gewerkschafts- organisation zu brandmarken und zu ächten.

In Olmütz, wo gleichfalls sechs Zentralisten über die Dinge sprangen, leistete man sich noch den Spaß, im Jargon des Privatpatrias von 1864 den zentralen Sekretären „verwerfliche und unsfürzlerische Tätigkeit“ nachzusagen. In Gumpoldsdorf wiederholte es dem zentralistischen Tschechen Chalupa, daß ihn ein Separatist in einer Holzarbeiterversammlung also apostrophierte: „Die deutschen Sekretäre, die von Wien bezahlt werden, sind wie Tataren in Mähren eingebrochen und plündern das tschechische Volk aus, wie unsere ärgsten Feinde.“ Als Chalupa am nächsten Tage auf den Bahnhof kam, überfielen ihn berauschte Rekruten, die ihn einen Verkauften, einen Schurken nannten. Das sind die einladenden Friedensstimmungen. Der Brünnner Volksfreund, der sonst immer zum Frieden redet, meint, die Banek und Ge- nossen würden sich es überlegen, wieder ins Dunkel zurückzu- treten, da sie jetzt im Mittelpunkt des Interesses der tschechischen Öffentlichkeit stehen. Freilich nützen ihnen alle „Sympathien“ herzlich wenig. Die Revonst hat die Hälfte ihrer Abonnenten verloren, der Duch Tschasu ist von 6000 auf 4000 Exemplare ge- fallen, in manchen Orten sind die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter auf die Hälfte der Zahl herabgesunken. Der Streit wirkt besonders in Mähren die Bewegung um ein Jahrzehnt zurück.

## Mehr Einsicht.

H. B. In letzter Zeit zeigt sich unter den Kollegen eine tief- gehende Mißstimmung. In Wort und Schrift macht sich der Mißmut gegen die Verbandsleitung in einer Weise bemerkbar, die nicht im Interesse der Organisation liegt. Kritik zu üben ist nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht der Mitglieder, wenn sie dem ehrlichen Bestreben entspringt, die Organisation vorwärts zu bringen, aus gemachten Fehlern zu lernen, die Waffen zu schärfen und bestehende Hemmnisse zu beseitigen. Der Zentralvorstand ist es dann zunächst, auf dessen schuldbeladenen Haupt sich die Schale des Bornes ergießt. Aber nicht er allein, die Verbandsfunktionäre, ob befolgt oder nicht, sind dann die Mitschuldigen. Wer den Mut findet, den engbegrenzten Lokal- oder Betriebsinteressen gegenüber das Allgemeininteresse in die Waagschale zu werfen, muß damit rechnen, daß er den gefährlich- sten persönlichen Angriffen ausgesetzt ist.

Die Unzufriedenheit der Kollegen entspringt meist dem ver- meintlich zu geringen Erfolgen und Fortschritten auf dem Ge- biet der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Tatsache, daß diese Verbesserung nicht in dem Maße vor- wärts geht, als es im Interesse eines Ausgleichs mit der rapid steigenden Verteuerung der gesamten Lebenshaltung notwendig gewesen wäre. Auch hat es den Anschein, als wenn sich dies Tempo gegen früher merklich verlangsamt hätte. Angefichts der Tatsachen ist die Unzufriedenheit der Kollegen eine nur zu ver- rechtigte. Aber die Unzufriedenheit wendet sich in ihrer Kritik an eine falsche Adresse und sucht die Ursachen dort, wo sie nicht allein liegen.

Endigt eine Bewegung in einer jüngeren Zahlstelle des Ver- bands nicht in erhoffter Weise, so sind die Kollegen leicht geneigt, dem Verband die ganze Schuld aufzubürden. Die Kol- legen der jüngeren Zahlstellen betrachten vielfach die Organi- sation als eine über ihnen thronende Macht, die alles kann, wenn sie nur will, ohne jedes Zutun der Arbeiter. Die Organi- sation ist das Arsenal, aus dem die Waffen entnommen werden können. Doch die stärksten Waffen bleiben wirkungslos, wenn sie sich nicht in der Hand von Kämpfern befinden. Waffen und Munition liefert die Organisation, Kämpfer müssen die Mit- glieder sein. Auch die stärkste Organisation wird den Unter- nehmer nicht imponieren, wenn sie nicht überzeugt sind, daß die Mitglieder der Organisation, mit denen sie gerade zu tun haben, von dem Geist und dem Opfermut erfüllt sind, der bereit ist, alles daran zu setzen, um das gesteckte Ziel zu erreichen. Das vergessen unsere jüngeren Mitglieder vielfach. Alles er- warten sie von der Organisation, ohne ihr eigenes Zutun.

Die Quelle der Mißstimmung in den Kollegentreifen gegen den Zentralvorstand liegt im Schwinden der lokalen Selbständig-



Zeit zugunsten der Zentralgewalt bei der Entscheidung über die...  
Taktik und die anzuwendenden Kampfmaßnahmen. Diese Ver-  
schiebung der Bestimmungsbefugnisse entspringt nicht eigenen  
Nachgelassenen der Zentralleitungen, sondern ist eine logische  
Folge der Entwicklung der beiderseitigen Organisationsverhält-  
nisse. Die ursprüngliche Vereinbarung der Lohn- und Arbeits-  
bedingungen zwischen dem einzelnen Arbeiter und dem einzelnen  
Unternehmer ist der Vereinbarung zwischen organisierten Viel-  
heiten auf beiden Seiten gewichen. An Stelle des individuellen  
(persönlichen) trat der korporative (gemeinsame) Arbeitsver-  
trag, die Tarifgemeinschaft. Beginnend auf lokaler Grundstufe,  
bewegte sich diese Entwicklung über Bezirks- oder Landesverträge  
in der Richtung auf Reichsverträge zu. Zurzeit ist dieses Ziel  
nur von wenigen Berufen mit besonders gut ausgebauten beider-  
seitigen Organisationen verwirklicht worden. Die Tendenz ist  
aber in allen Berufen festzustellen, in denen die Bedingungen  
dazu vorhanden sind. In manchen Berufen liegt diese Tendenz  
nach zentralen Tarifverträgen noch nicht klar zutage, aber in  
allen ist schon jetzt eine zentral geleitete Kampftaktik bei den  
Kämpfen um Tarifverträge vorherrschend und für alle ins Auge  
springend. Auch beim Abschluss lokaler Verträge greifen die  
Zentralleitungen bestimmend ein. Durch diese Verschiebung der  
Verhältnisse werden die Kämpfe um die Arbeitsbedingungen an  
einem einzelnen Orte immer mehr aus dem Rahmen der lokalen  
Bedeutung herausgehoben und zu Fragen der Allgemeinheit,  
zu Machtfragen gestempelt.

Im Vordergrund derselben steht die prinzipielle Frage des  
Mitbestimmungsrechts der Arbeiterorganisationen bei der Fest-  
setzung der Arbeitsbedingungen. Seitens der Unternehmer wird  
auch ein lokaler Lohnkampf nicht vom Gesichtspunkt der Berech-  
tigung und Durchführbarkeit der gestellten Forderungen be-  
trachtet, sondern vom Standpunkt der strikten Verneinung jeden  
Zugeständnisses. Der Grad des Abweichens von diesem Stand-  
punkt richtet sich nach dem gegenseitigen Machtverhältnis und  
den Machtmitteln, die beiden Organisationen zur Erreichung  
ihres Zieles zur Verfügung stehen. Eins der wichtigsten  
Machtmittel der Organisationen ist die finanzielle Leistungs-  
fähigkeit. Bei allen taktischen Maßnahmen müssen die zu er-  
wartenden finanziellen Ansprüche in Einklang gebracht werden  
mit den zur Verfügung stehenden Mitteln. Dies gilt vornehmlich  
für die Arbeiterorganisationen. Die Uebersticht über dies  
Verhältnis ist nur der Zentralleitung möglich, die, losgelöst vom  
engebegrenzten Lokalstandpunkt, das Allgemeinkampffeld über-  
sehen und Anspruch und Leistungsfähigkeit in Übereinstimmung  
bringen kann.

Der Anspruch auf die Kampfmittel der Organisation steht  
allen Mitgliedern zu. Sie dürfen daher nicht erschöpft werden  
zugunsten einer einzelnen Mitgliedschaft. Die widersprechenden  
Auffassungen einzelner Mitgliedschaften gegenüber der Auf-  
fassung der Allgemeinheit über die Inanspruchnahme der Mach-  
tmittel der Organisation auszugleichen, ist die schwierigste und  
unablässigste Aufgabe der Zentralleitung. Mag diese nun ver-  
fügen wie sie will, auf einer Seite wird sie Widerspruch finden.  
Die Kämpfe der letzten Jahre bringen uns dafür Beweise ge-  
nug. Je nachdem Kollegen an Kämpfen aktiv beteiligt waren  
oder nicht, waren ihnen die Aufwendungen zu geringe oder zu  
hohe. Die beteiligten Kollegen sind meist der Auffassung, daß  
ein Kampf um das gesteckte Ziel unter allen Umständen aus-  
genommen bzw. daß er weitergeführt werden muß. Die Nicht-  
beteiligten halten den ganzen Kampf bzw. die lange Aus-  
dehnung des Kampfes für verfehlt.

Die Verantwortung des Zentralvorstands, der auf den  
Verbandsstagen zur Rechenschaft gezogen wird, ist durch diese  
Verhältnisse eine fast erdrückende geworden. Sie wird noch  
immer größer durch die wachsende Komplexität und das In-  
einandergreifen der Beziehungen örtlich weit getrennter In-  
dustriebezirke zueinander. Die Kollegen am Ort verlangen vom  
Zentralvorstand das reichhaltigste Einflechten seiner gesamten  
Machtmittel in ihre Forderungen, deren Durchführung gar nicht  
bestritten werden soll. Ihr Haus aber ist ihre Welt. Der  
Zentralvorstand hingegen hat aber noch andere Verpflichtungen  
als nur einer Zahlstelle gegenüber. Die Unternehmer sind  
durch ihre Verbandsleitung genau unterrichtet, wie die All-  
gemeinlage gestaltet ist. Je nach den Verhältnissen werden sie  
ihre Stellungnahme einrichten. Ausschlaggebend ist für sie nicht  
die Widerstandsfähigkeit der Arbeiter am Ort allein, sondern  
deren Organisation. Ist die Allgemeinsituation nicht günstig,  
so wird der Zentralvorstand hier und da von einem Angriff  
abratet müssen, im Interesse der Durchführung etwaig schwe-  
bender wichtigerer Fragen. Die Kollegen müssen sich im Inter-  
esse der Disziplin und der Aktionsfähigkeit des Verbands der  
Entscheidung der Verbandsleitung fügen. Aus taktischen und  
kollegialen Gründen wollen wir Abstand nehmen, bestimmte  
Fälle anzuführen, aber die letzte Zeit war leider recht lehrreich  
in dieser Beziehung.

Es mag für die Beteiligten oft recht hart sein, auf die  
Durchsetzung einer berechtigten Forderung oder die Abwehr einer  
Verschlechterung zu verzichten. Das Allgemeininteresse muß in  
solchen Fällen höher stehen als Lokal- oder gar Betriebsfragen.  
Entscheidend ist in solchen Fällen nicht das Wollen, sondern das  
Können. Da darf nicht allein das Gemüt entscheiden, sondern  
vor allem die Vernunft. Die Mitglieder müssen das Vertrauen  
in die Verbandsleitung haben, daß diese mit allen Kräften ehr-  
lich und unparteiisch bestrebt ist, die Interessen aller Mitglieder  
im Rahmen der Möglichkeit und unter Berücksichtigung der vor-  
liegenden Verhältnisse zu vertreten.

Die Gegenläufe zwischen dem lokalen Interesse und dem von  
der Zentralleitung vertretenen Allgemeininteresse haben aus  
Anlaß verschiedener Kämpfe der letzten Zeit zu einem gereizten  
Verhältnis zwischen einigen Mitgliedschaften und dem Zentral-  
vorstand geführt. Das liegt nicht im Interesse eines gehei-  
lichen Hand-in-Hand-arbeitens. Um so weniger, als diese  
Stimmung auch weiter auf unbeteiligte Orte übertragen worden  
ist. Schlimmer ist aber, daß das Ansehen des Zentralverbandes  
gegenüber den Unternehmern ganz erheblich leiden muß, wenn  
der Vorstand durch eigenmächtige Maßnahmen einzelner Mit-  
gliedschaften gezwungen wird, diesen gegenüberzutreten und  
ihnen eventuell finanzielle Unterstützung vorweigern muß. Die  
Unternehmer müssen darin eine nicht bestehende Schwäche der  
Organisation erblicken und in ihrem Widerstand gegen alle Zu-  
geständnisse gestärkt werden. Ganz abgesehen von den mate-  
riellen Schädigungen der Verbandskasse, die dadurch hervor-  
gerufen wurden. Unsere Aktionsfähigkeit wird geradezu in Frage  
gestellt, wenn in Augenblicken äußerster Inanspruchnahme des  
Verbands verschwindende Minderheiten alle taktischen Maß-  
nahmen über den Haufen werfen und dadurch Folgen herauf-  
beschwören, die unabsehbar sein können. Wählt man dem Zen-  
tralvorstand die Verantwortung für die gesamte Tätigkeit des  
Verbands auf, dann darf man ihm auch nicht die Durchführung  
seiner Maßnahmen durch disziplinwidrige Seitensprünge er-  
schweren. Die Verbandsleitung muß in der Lage sein, die in  
ihrer Hand konzentrierten Machtmittel so anzuwenden, wie es  
die Bedeutung der jeweils schwebenden Streitfragen erfordert,  
ohne befürchten zu müssen, im kritischen Augenblick von irgend-  
einer Mitgliedschaft in Zwangslagen verlegt zu werden.

Das sind Selbstverständlichkeiten, die gar nicht erst erörtert  
werden sollten. Die Vorkommnisse der letzten Zeit erfordern  
aber, daß darauf mit aller Deutlichkeit verwiesen werden muß.  
Die Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß ein gewisser  
Bureaucratismus in den Gewerkschaften entstehen mußte. Das  
ist nicht Schuld der Leitungen, sondern ist in den Verhältnissen  
begründet. Je mehr die Mitglieder von eigenmächtigen Ver-  
schlüssen zu einer gerechten Würdigung der Verhältnisse über-  
gehen, um so weniger wird der Zentralvorstand gezwungen sein,  
zu bürokratisch erscheinenden Maßnahmen zu greifen.

Nun ist allerdings auch eine Zentralleitung nicht unfehlbar.  
Auch die unsre macht davon keine Ausnahme. Vor allem wird  
ihr der Vorwurf allzu großer Vorsicht und Bedächtigkeit gemacht.  
Das ist nicht ganz grundlos. Mag die Zentralleitung eine  
Stellung eingenommen haben wie sie will, so muß diese aber  
auch mit aller Entschiedenheit und Bestimmtheit, allerdings auch  
ohne unnötige Schärfe, zum Ausdruck kommen. Daß dies bis-  
her nicht immer der Fall war, hat zum großen Teil mit be-  
tragen, daß mancherorts die unbedingte Autorität des Zen-  
tralvorstands etwas getrübt worden ist. Andererseits ist die Form  
der Ausschreibungen der Verbandsleitung nicht immer eine glück-  
liche gewesen. Wenn seitens des Zentralvorstands in dieser Be-  
ziehung die Lehren der letzten Zeit gebührend beherzigt werden,  
und das scheint der Fall zu sein, dann werden auch viele Ur-  
sachen der Mißstimmung in den Kollegenkreisen verschwinden.  
Wir verhehlen uns nicht, daß eine präzisere Stellungnahme in  
vielen Fällen außerordentlich schwierig und verantwortungsvoll  
ist, aber mit Unbestimmtheit werden schwierige Situationen erst  
recht nicht überwinden. Haben die Mitglieder aber das Ver-  
trauen in den Zentralvorstand, daß er mit aller Kraft und Ent-  
schiedenheit seine Maßnahmen trifft und durchführt, dann werden  
sie sich auch eher in den Fällen seiner Anordnungen fügen, in  
denen sie vom lokalen Standpunkt nicht vollständig mit ihm ein-  
verstanden sind. Die Kritiker werden mehr und mehr ver-  
stummen und die vernünftige Beurteilung wird siegen müssen.

Die Aufgabe des Zentralvorstands ist keine leichte. Die  
Anforderungen, die an die leitenden Personen eines modernen  
Verbands gestellt werden, sind außerordentlich hohe in geistiger  
und moralischer Beziehung. Die Arbeiterschaft verlangt von  
ihren Führern die reifste Hingabe der ganzen Persönlichkeit.  
Sie darf aber dann auch nicht ungerecht sein. Die Leitungen  
bilden keine Kaste über den Mitgliedern, sondern sind eins mit  
ihnen im Fühlen und Denken, Ziel und Streben. Finden die  
leitenden Personen nicht mehr das Vertrauen ihrer Auftrag-  
geber, so bietet die demokratische Verfassung wirrer Organisa-  
tionen und das eigene moralische Empfinden der Führer genügend  
Wege, zwischen Mitgliedschaft und Leitung das innige Verhält-  
nis herzustellen, das notwendig ist im Interesse eines gedeihlichen  
Zusammenarbeitens im Sinne unserer hohen Ziele und Ver-  
strebungen. Persönliche Motive dürfen in der Arbeiterbe-  
wegung keinen Raum haben.

Das ist es, was uns vor allem tut. Die gewaltigen  
Kämpfe der letzten Zeit mögen dazu beigetragen haben, daß sich  
eine gereizte Stimmung in unsern Reihen eingeschlichen hat.  
Die unbedingbare Gewalt der ganzen Arbeiterbewegung und  
der gesunde Sinn der Steinarbeiter birgen uns dafür, daß die  
in der menschlichen Natur liegenden Entgegensetzungen überwinden  
werden und wir gestärkt an Haupt und Gliedern in innerer  
Festigkeit und gegenseitigem Vertrauen den kommenden Kämpfen  
entgegenstehen können. Gesundheit haben wir alle. Jede Seite  
hat in der Hitze des Gefechts über die Schürze gehäutet. Ver-  
graben wir eine einseitige Kritik und ziehen die Augenwendung  
aus den Lehren der letzten Zeit. Beweisen wir den ehrlichen  
Willen dazu, so finden wir auch den Weg und schaffen die Vor-  
aussetzungen unser zukünftigen Erfolges.

### Korrespondenzen.

**Baumholder.** Die Firma Burger geht ja ganz famos vor.  
Sie will in Deutschland eine gewisse Bekanntheit erlangen. Am  
27. Oktober wurde folgendes Schriftstück in der Werkstelle an-  
geschlagen:

Aus der Nummer vom 8. Oktober des „Steinarbeiters“  
geht hervor, daß neuerdings aus der Mitte der hiesigen Ar-  
beiterschaft Geldbeträge an die Organisation abgeliefert wor-  
den. Wir fordern die betreffenden Leute ausdrücklich auf, ent-  
weder den Betrieb zu verlassen oder aus der Organisation  
auszutreten und ihren Austritt durch Abgabe der Beitrags-  
bücher zu beweisen.  
Gezeichnet den 27. Oktober 1910.  
Dr. Ingenieur Paul Burger.

Der Doktor Ingenieur wird mit seinem Dekret natürlich  
nichts erreichen. Hat dieser Herr etwa auf der technischen Hoch-  
schule gelernt, daß man den Arbeitern das Koalitionsrecht  
nehmen darf? Daß Vorgehen des akademisch geprägten Tech-  
nikers ist in Wirklichkeit nichts anderes, als eine veruchte Er-  
pressung. Vielleicht nimmt sich dieses Ufaes der Herr Staats-  
anwalt an. — Diejenigen Granitarbeiter, welche sich das Koali-  
tionsrecht nehmen lassen wollen, mögen nach Baumholder ihre  
Schritte lenken; sie können dort dem Herrn Dr. Ing. Paul  
Burger untertan sein.

**Benndorf.** Am 23. Oktober hielten wir im Gasthaus zur  
Linde unsere Monatsversammlung ab. Dieselbe war leider  
schlecht besucht. Der Kassierer gab die Abrechnung vom 3. Quar-  
tal bekannt, und wurde dieselbe von den Revisoren für richtig  
erklärt. Daraufhin wurde dem Kassierer Entlastung erteilt.  
Unter Punkt Verschiedenes wurde vom Kassierer vorgebracht,  
daß einige Kollegen mit ihren Beiträgen arg im Rückstande.  
(Selbige meiden natürlich auch immer unsere Versammlungen.)  
Es wurde beschlossen, dieselben nochmals zu ermahnen. Es ist  
nur zu bedauern, daß noch so viele Kollegen vorhanden sind,  
die sich der Organisation gegenüber so teilnahmslos verhalten, ob-  
wohl die Lage im Odenwald keine glänzende ist. Verschiedene  
Unternehmer fühlten sich durch den flauen Geschäftsgang be-  
rechtigt, auf jede Art und Weise die Arbeiterschaft zu drücken.

**Gommern.** Die Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle  
sah am 29. Oktober statt und war sehr gut besucht. Kollege  
Staudinger referierte über das Thema: Steuerraub, Unter-  
nehmerbrutalität und Jugendhausgesetz. Der Vortrag fand leb-  
haften Beifall. Vom Kassierer wurde dann der Kassenbericht  
erstattet. Ihm wurde Entlastung erteilt. In der Versammlung  
wurde lebhaft Klage geführt über die Nichtbeachtung der  
Bundesratsverordnung seitens der Unternehmer. Insbesondere  
wird der § 4 der Verordnung, der den Unternehmern die Pflicht  
auferlegt, Schutzdächer für die Arbeiter zu errichten, vollständig  
ignoriert. Es fällt den Unternehmern gar nicht ein, Schutz-  
dächer aufzustellen. Die Kollegen müssen sich vielmehr auf eigene  
Kosten dafür schaffen. Kollege Verhe gab dann noch bekannt,  
daß die von ihm und dem Kollegen Adler gegen das Urteil des  
Schöffengerichts zu Gommern wegen Vergehens gegen den § 153  
der Gewerbeordnung eingeleitete Verurteilung vom Landgericht  
Magdeburg verworfen worden sei. Es bleibt also bei der Strafe:  
Adler zwei Wochen und Verhe einen Tag Gefängnis. Der  
Hauptzeuge in der Verhandlung, der Geschäftsführer der Dum-  
lingischen Steinbrüche, Herr Hanel, hat übrigens des Feld seiner  
bisherigen Tätigkeit räumen müssen. Er ist jedenfalls, in rich-  
tiger Erkenntnis seiner Verdienste, nach Schönebeck „versegt“.  
Der Verteidiger der Angeklagten hat dem Herrn Zeugen ordent-  
lich die Wahrheit gesagt.

**Gohmannsdorf.** Am 23. Oktober tagte im Gasthaus zum  
Anker eine gutbesuchte Versammlung. Der Kassierer verlas die  
Quartalsabrechnung. Bücher und Kasse wurden revidiert und  
für richtig befunden. Entschuldigend ist im Oktober nach dem  
Tarifabschluss die Zahl der Mitglieder ohne weiteres gestiegen,  
nämlich von 32 auf 44. Es mußten deshalb in einer Woche zwei  
Versammlungen abgehalten werden. Unsere Zahlstelle hat nur  
noch mit vier indifferenten Kollegen zu rechnen. Im Punkt Ver-  
chiedenes übten die Kollegen viel Kritik. Besonders wurde Klage  
geführt über den Polier Demant. Dieser beschimpfte die neu  
aufgenommenen Kollegen in gemeiner Weise. Wir werden  
diesem Herrn noch zeigen, was er für einen Charakter besitzt.  
Er sagte zu den Kollegen: „Rohkäse“, „rändiger Hund“, „rohe  
Bengel“ usw. Zum Direktor Herrn Better haben wir das  
Vertrauen, daß er seinen Vektor anweist, daß die Leute anständig

behandelt werden. Es wird ihm nicht mehr gestungen, die Kol-  
legen von dem Steinarbeiterverbande abzubringen. Die Kol-  
legen haben eingesehen, daß der Verband für sie einen großen  
Nutzen hat. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden  
auf, immer recht eifrig dem Steinarbeiterverbande beizuge-  
hen.

**Hamburg I.** Unsere Monatsversammlung tagte am 25. Ok-  
tober 1910. Zwei Kollegen wurden in den Verband aufgenommen.  
Die Abrechnung vom 3. Quartal wurde verlesen. Die  
Revisoren bestätigten deren Richtigkeit. Dem Kassierer wurde  
Decharge erteilt. Auf Antrag werden die Restanten verlesen;  
es sind dies 7 Mitglieder, welche bis zu 13 Wochen im Rückstande  
sind. Es hat sich herausgestellt, daß Kollege Emmert sich als  
Einzelschüler in Leipzig angemeldet hat, trotzdem er schon ein  
Jahr in Hamburg beschäftigt ist und längere Zeit auch hier seine  
Beiträge bezahlt hat. Es wird an den Zentralvorstand das Er-  
suchen gestellt werden, von Emmert keine Beiträge mehr anzu-  
nehmen, er möge sich an die Zahlstelle wenden. Da Streitig-  
keiten beim Markenverkauf vorgekommen, so wird der Kassierer  
auf den Beschluß der Versammlung verwiesen, ohne Buch und  
Namen keine Marken zu verabsolgen. Wegen Maßregelung von  
drei Bildhauern bei Norden u. Sohn stehen sämtliche Bildhauer  
im Streik; sie verlangen von den Steinmetzen Solidarität. Die  
Versammlung erwartet von den Mitgliedern, daß sie Bildhauer-  
arbeiten nicht ausführen. Die Versammlung nimmt einen An-  
trag an, daß in Zukunft jede Unterschrift zu verweigern ist, wo  
Mitglieder für das Geschirr haftbar gemacht werden sollen. Kol-  
lege Mühl, welcher durch Unfall ein Auge verlor, ersucht die  
Versammlung, ihm freie Vereinbarung betreffs Lohn beim  
Meißeln zu gewähren, andernfalls würde er schwierig Arbeit  
finden. Die Versammlung stimmt dem zu, nur soll von Fall  
zu Fall hierin entschieden werden. Die Versammlung war gut  
besucht.

**Rüthenbach.** Hier tagte am 26. Oktober eine Mitglieder-  
versammlung. Kollege Braun hielt einen lehrreichen Vortrag.  
Die Quartalsabrechnung wurde vorgelesen und für richtig be-  
funden. Dem Kassierer wurde Anerkennung für seine muster-  
hafte Geschäftsführung zuteil. Herr Brudmeißler Rütz brachte  
es fertig, daß einige Kollegen aus dem Verbandsausgetreten  
sind. Es wurden dann sofort die Löhne gekürzt. Bedauert  
wurde, daß die Versammlung so schlecht besucht war. Bei der  
Firma Süddeutsche Granitwerke herrschen tieftraurige Berufs-  
zustände; sie zu beiseitigen, muß unsre Aufgabe sein.

**Neubau.** Traurige Zustände herrschen hier noch für unsre  
Kollegen. Es kommen die Angestellten der Firma Gebrüder  
Kränkel in Betracht. Von den gemeinsten Schimpfwörtern, welche  
hier anstandslos nicht wiedergegeben werden können, ab-  
gesehen, wurden kürzlich 6 Kollegen wegen eines ganz geringen  
Vergehens (die Betreffenden entfernten sich 2 Stunden vor Ar-  
beitsbeginn vom Arbeitsplatz) sofort entlassen und am nächsten  
Morgen durch Boten wiedergeholt. Dann wurde wieder ein  
Kollege entlassen, weil er das vom Betriebsleiter vorgeschriebene  
Vier nicht trank und sich selbst pro Tag 1—2 Liter auf den  
Arbeitsplatz mitnahm. Und der kräftigste Fall: Letzte Woche  
wurde ein Kollege entlassen, weil er, bevor er einen großen  
Vloß an die Kette zum Herausheben befestigte, mehrere lebens-  
gefährlich über ihn herabhängende Felsstücke entfernte, um sich  
nicht erschlagen zu lassen. Es ist darum die erste Pflicht der or-  
ganisierten Kollegen, unermüßlich in der Agitation tätig zu sein.

**Reichenbach (Odenwald).** Am 23. Oktober fand hier eine  
gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Aufgenommen wurden  
zwei Kollegen. Im 2. Punkt verlas der Kassierer die Abrech-  
nung vom 3. Quartal. Selbige ist von den Revisoren geprüft  
und für richtig befunden worden. Alsdann wurden die restieren-  
den Mitglieder verlesen. Wegen rückständigen Beiträgen wurden  
die Kollegen Joh. Gebauer und Georg Steinmann aus der Mit-  
gliederliste gestrichen. Dann wurde eine Kommission gewählt,  
die sämtliche Tarifarbeiten bis zur nächsten Versammlung fertige-  
gestellt haben muß. Weiter wurde der vom Zentralvorstand  
verweigerte Rechtsstreit besprochen. Es entspann sich hierüber  
eine lebhafteste Debatte und wurde von der Versammlung eine  
Resolution in folgendem Wortlaut einstimmig angenommen:  
„Die heute am 23. Oktober 1910 in der Wirtschaft von G. Trodt  
tagende Versammlung der hiesigen Zahlstellenmitglieder nimmt  
Kenntnis von dem ablehnenden Beschluß des Zentralvorstands  
in Sachen des Rechtschutzantrags für Karl Krichbaum und Joh.  
Beutel. Die Versammlung sieht sich veranlaßt, gegen diese Ent-  
scheidung den schärfsten Protest zu erheben, da durch derlei Aus-  
legungskünste das statutarische Recht der Verbandsmitglieder  
einfach über den Haufen geworfen wird. Die Versammlung ist  
weiter der Meinung, daß durch derartige lahme Beschlüsse der  
obersten Instanz des Verbands die Agitation sowie Organisa-  
tion außerordentlich gehemmt wird und verpflichtet sich, dahin  
zu wirken, daß der Grundtat: Einer für alle und alle für einen,  
auch wirklich zur Anerkennung gelangt, dem Verband zum Nutz  
und den Mitgliedern zum Trutz. Weiter erhebt die Versamm-  
lung den schärfsten Protest über die Nichtveröffentlichung unseres  
eingefandten Berichts vom 2. Oktober d. J.“ Den reisenden  
Kollegen zur Mitteilung, daß bei der Firma Böhringer, Beeden-  
kirchen, circa 10 Kollegen ihre Kündigung erhielten.

**Rindlach.** Hier tagte am 30. Oktober eine gutbesuchte Ver-  
sammlung, in der Gauleiter Mittenmeier über den Wert und  
Nutzen der Organisation sprach. 10 Neuaufnahmen löhnten seine  
Ausführungen. Bei der Firma Huber werden die Arbeiterver-  
bestimmungen sehr lax durchgeführt. In der Frühstücksbude  
pfeift der Wind durch alle Fugen. Erwärmt wird dieselbe nur,  
wenn dies die Arbeiter mit gestohlenem oder mitgebrachtem Holz  
selbst besorgen. Trinkwasser gibt es nicht. Wer sich nicht selbst  
in seinem Schotter begraben will, muß denselben wegräumen.  
Als Zeichen ganz besonderer Güte dürfen die Arbeiter neben dem  
Bezahlen von Schmiebe- und Werkzeuggeld auch für den weiten  
Transport des rohen und fertigen Steinmaterials aufkommen.  
Wer in dieser Behandlung ein Haar findet, hat es mit dem  
Brustpan des Herrn Huber zu tun oder fliegt. Auch hier ist es  
an der Zeit, daß der letzte Mann sich unserm Verbands an-  
schließt und so seine Zukunft auf gesicherte Grundlage stellt.

**Rottweindorf.** Hier tagte am 21. Oktober eine Mitglieder-  
versammlung. Staudinger referierte über das Thema: Die  
Steinmetzkunst in früherer Zeit. Kollege Ernst trug die Quar-  
talsabrechnung vor. Monitas ergaben sich nicht. Es ist erfreu-  
lich, daß unser Kassenbestand, trotz des gewaltigen Kampfes, ein  
befriedigender genannt werden kann. Dem Kassierer wird  
Decharge erteilt. Bemerkte wurde, daß die Buchführung eine  
musterhafte genannt werden müsse. Unter Verschiedenes bemerkt  
Kollege Seidel, daß diejenigen, welche im Baugewerbe tätig  
waren und nunmehr in den Steinbrüchen schaffen, unverzüglich  
unserm Verbands beizutreten haben. Wir müssen hier mit der-  
selben Strenge wie andre Verbände verfahren. Nur auf diese  
Weise ist es möglich, daß unser Verband in diesem großen Ge-  
biet zur Geltung kommt. Wenn sich eine zweite und dritte Or-  
ganisation mit nur etlichen Mitgliedern breit machen würde,  
dann wären alle Aktionen mit großer Umständlichkeit verknüpft.  
— Der Referent wurde aufgefordert, in der nächsten Zeit  
wiederum einen Vortrag zu übernehmen.

Für das rechtsseitige Elbsteinbruchgebiet tagte am 23. Ok-  
tober im Dorf Böhlen eine gutbesuchte Versammlung. Ueber  
das Thema: Gewerkschaftlicher Aufstieg sprach Kollege Staudin-  
ger. Zum Schluß ersuchte er dringend, mit der Verbands-  
leitung wieder das frühere harmonische Verhältnis herbeizufüh-  
ren. Die Unternehmer schlachten den unbedeutendsten Diffe-  
renzpunkt zwischen den Verbandsmitgliedern und dem Zentral-  
vorstand zu ihrem Gunsten aus. Die Debatte bewegte sich im  
zustimmenden Sinne. Zu längeren, aber recht sachlichen Aus-  
führungen nahm Kollege Seidel das Wort. Seine sachverständigen  
Ausführungen fanden ungeteilte Zustimmung. Der Kas-



Kollege Ernst, gab in recht überflüssiger Weise den Kassenbericht. Einstimmig wurde Decharge erteilt. Kollege Behner freute sich, daß die Versammlung einen so ausregenden Verlauf nahm. Nachdem der Schluß erfolgt war, trugen einige stimmbegierige Kollegen in recht geschämter Weise Arbeiterlieder vor.

**Ruhmannsfelden.** Am 29. Oktober tagte eine gutbesuchte Versammlung, in der Gauleiter Mittenmeier einen Vortrag hielt, der allgemeinen Beifall fand. Unter anderem wurden auch die Zustände in dem Theißbacher Granitwerk einer berechtigten Kritik unterzogen. Die in der Gewerbeordnung und Bundesratsverordnung enthaltenen Schutzbestimmungen scheinen der dortigen Direktion ein spanisches Dorf zu sein. Nicht genug, daß die dortigen Steinhauer die Befestigung des Abfallschotters bezahlen müssen, spricht man allgemein davon, daß sich die Firma von dem in der Kantine vertriebenen Bier, als auch von dem Stahl mehr zugute kommen läßt, als die gesetzlichen Bestimmungen erlauben. Ganz selbstverständlich ist, daß dem „Arbeiter“ die besten Steine, sowie die beste Arbeit zugeschanzt wird, der viel vertritt; ist doch Polter und Kantinenwirt ein und dieselbe Person. Eine gedeckte Unterhandshütte zum Schutze bei Sprengschüssen gibt es auch nicht. Wer Trinkwasser will, kann an die Leihnahe gehen. Lohnmäßige sind auch an der Tagesordnung. Hoffentlich benutzen die zwei zur Versammlung entsandten Schleppenträger ihre gemachten Notizen dazu, die bestehenden und gerügten Mängel der Direktion zu unterbreiten, damit eine möglichst baldige Befestigung erfolgt. Andererseits ist es auch Pflicht der dort beschäftigten Arbeiter, ohne Ausnahme dem Steinarbeiterverband als Mitglied beizutreten.

**Strehlen.** Unter recht betrieblenden Verhältnissen arbeiten die Pflastersteinarbeiter in Hussine. Wenn sich ein Kollege bei der schlechten Steingewinnung beschwert und will etliche Pfennige Schnulage haben, dann wird ihm gesagt, das Loch steht offen. Werkmeister Klimmer meinte schon öfter: Die Leute arbeiten zu wenig. Ja, wenn wir herkulische Kräfte hätten, dann könnten wir eben auch nichts verdienen. Aber wir kennen ja die Herren Werkführer, wenn sie solche Ausreden gebrauchen. Sie müssen das ja tun, um sich eben beliebt zu machen. — Hoffentlich sind wir in der Lage, baldigst unsere Verhältnisse verbessern zu können. Notwendig ist dieses sehr.

### Rundschau.

Die Bildung eines Wehrschages des baugewerblichen Unternehmerbundes wird die nächste Hauptversammlung dieser Unternehmerorganisation ernstlich beschäftigen. Nach den Vorschlägen der Bundesleitung soll die Höhe des Wehrschages auf eine Million Mark festgesetzt und in den Jahren 1910, 1911 und 1912 durch besondere Mitgliederbeiträge aufgebracht werden. Wie schon der Name unzweideutig anfündet, soll dieser Fonds im Kampfe gegen die Arbeiterforderungen Verwendung finden.

Die gefährlichste Waffe im gewerblichen Kampf — heißt es in der „Baugewerkszeitung“, dem Bundesorgan — sind die den Organisationen zur Verfügung stehenden Geldmittel, je größer sie sind, um so zäher und länger der Widerstand, um so sicherer der Sieg. In den Zeiten der partiellen Ausperrungen und Streiks genügt es noch bescheidene Mittel — in der Epoche der großen Massenkämpfe, in die wir bereits eingetreten sind, ist ohne die Verfügung über bedeutende Mittel eine Niederlage, eine allmähliche Unterdrückung sehr wahrscheinlich.

Das ist gewiß sehr wahr und nicht nur die Genossen vom Bau, sondern auch unsere Kollegen können von dem Vorhaben der Unternehmerorganisation und wie dieses begründet wird, manches lernen.

**Auszeichnungen auf der Brüsseler Weltausstellung.** Die nachstehenden deutschen Steinmetzgeschäfte erhielten in Brüssel Auszeichnungen: Grand Prix: Marmorwerke „Riefer“ in Steyerfelden; Goldene Medaille: Bereinigte Kisteleigebirgsgranitwerke A.-S. in Bunsfeld; Silberne Medaille: Deutsche Travertinwerke in Langensalza, Granitwerk Steinerne Renne in Hasserode (sieht ist das Werk stillgelegt); Bronzene Medaille: Rheinische Marmorwerke in Düsseldorf-Rath, Saalburger Marmorwerke in Saalburg. — Trotzdem die deutsche Steinindustrie auf der Ausstellung nur sehr spärlich vertreten war, kann sie mit den erzielten Auszeichnungen doch sehr zufrieden sein.

Die 25. Hauptversammlung des Steinmetzmeisterverbands tritt am 14. November in Dresden zusammen. Aus der recht umfangreichen Tagesordnung greifen wir heraus: 1. Beitragsregulierung; 2. Kompetenzfragen der Bezirksverbände; 3. Strafbestimmungen bei nichtbefolgter Aussperrung; 4. Die Schiedsgerichte sind nur durch Sachleute zu besetzen; 6. Die Befestigung der Eingriffe durch die Friedhofsverwaltungen; 7. Vollstreckungsfragen. — Der Hauptversammlung wird auch Bericht erstattet werden, wie sich die Verbandsreform bewährt hat.

**Verkauf.** Die Wiblinger Marmorwerke gingen durch Verkauf in den Besitz des Kunststeinfabrikanten Schwenk aus Ulm über.

Mit einem Kapital von 400 000 Mark wurde in Bautzen die Firma Holzammer u. Bauer, G. m. b. H. ins Leben gerufen. Die ins Handelsregister eingetragene Firma will in Bautzen mehrere Granitbrüche ausbeuten.

**Die größten Vermögen Preußens.** Rudolf Martin hat in dem Verlage von Schuster u. Söffler in Berlin ein neues Buch: Unter dem Scheinwerfer, herausgegeben, in dem er in Essays Vorgänge der letzten Zeit, Persönlichkeiten, Parteien usw. bespricht. In dem Buch finden sich auch interessante Angaben über die größten Vermögen Preußens. Die reichste lebende Person in Preußen und in Deutschland überhaupt ist Frau Berta Krupp von Bohlen und Halbach, die im Jahre 1908 nach der Vermögenssteuerstatistik ein Vermögen von 187 Millionen Mark versteuerte, während sie im Jahre 1905 sogar 214 Millionen Mark versteuert hatte. Die zweitreichste Person ist Fürst Hensel von Donnersmarck, der im Jahre 1908 über ein Vermögen von 177 Millionen Mark verfügte, während er im Jahre 1905 nur 120 und im Jahre 1896 nur 62 Millionen Mark besessen hatte. Die drittreichste Person Preußens ist der Herzog von Ujest, der im Jahre 1908 ein Vermögen von 151 Millionen Mark besaß, während er im Jahre 1889 nur 54 Millionen Mark sein eigen nennen konnte. An vierter Stelle in Preußen kommt der Freiherr von Goldschmidt-Rothschild in Frankfurt a. M. mit 107 Millionen Mark, während sein verstorbenen Schwiegervater Freiherr Willi von Rothschild im Jahre 1899 nicht weniger als 266 Millionen Mark deklarierete. Das größte Vermögen Berlins im Jahre 1908 gehörte dem Geheimen Kommerzienrat Ernst von Mendelssohn-Bartholdy und betrug 43 Millionen Mark. Es stand aber erst an der 17. Stelle, die 16 reichsten Personen wohnen also nicht in Berlin. Die kleine Stadt Kassel besitzt in der Person des Geheimen Kommerzienrats Karl Henschel, der im Jahre 1908 ein Vermögen von 46 Millionen Mark versteuerte, einen Steuerzahler, der alle Berliner Vermögen überragt.

Dies ja auch richtige Geldleut. Wenn sich aber die betreffenden Personen diese Millionen selbst erarbeiten müßten, wo, wie würde es da aussehen?

**Gemeine Verdächtigung.** In der gegenwärtigen Hege gegen die Gewerkschaften und die organisierten Arbeiter ist den Scharfmachern und ihrer Presse jedes Mittel recht. Der nichtigste lokale Streikexzess, der sonst keinerlei Aufsehen erregen würde, muß zur Begründung eines Arbeitswittigengeldes herhalten. Dazu kommen die abernisten Kombinationen und infam verfaßte Angriffe gegen die organisierten Arbeiter, die als Beispiel für den von ihnen geübten Terrorismus dienen müssen. Den Vogel abgeschossen hat darin die „Deutsche Zimmermeister-

Zeitung“. Der Zimmermeister Hamm in Worms wurde von einem Brandunglüd heimgeführt. Die „Deutsche Zimmermeister-Zeitung“ gibt ihren Lesern davon wie folgt Kenntnis:

Zur Zeit des Brandunglüds tobte in Worms zwischen den Arbeitern und Arbeitgebern im Zimmergewerbe ein schwerer Kampf, denn nach Aufhebung der Sperre am 16. Juni d. J. hatten die Wormser Zimmergesellen, trotz des Schiedspruchs, die Arbeit nicht aufgenommen. Hamm stand als Vorkämpfer im Vordertreffen des Kampfes, der immer schärfere Dimensionen angenommen haben soll.

Was soll diese Verquickung des Arbeitskampfes mit dem Brandunglüd? Diese zarte Anspielung auf die Arbeiter als Brandstifter ist so infam, daß auch nur der Versuch einer Verteidigung der beschimpften Arbeiter eine Anklage gegen sie bedeuten würde. Selbst ein übergeschnapptes Scharfmacherhirn sollte sich doch von solchen Tollhausgeschichten fernhalten. Zur Respektierung beider Parteien und Organisationen, die im wirtschaftlichen Kampfe sich doch oft wieder einigend finden müssen, trägt das auch sicher nicht bei.

Ein schöner Sieg. Bei der in Selb (Oberfranken) kürzlich stattgefundenen Wahl der Gewerbegerichtsbeisitzer erlangten die freien Gewerkschaften einen großen Sieg. Von 630 gültigen Stimmen entfielen auf die Liste der freien Gewerkschaften 607, auf die der unter dem Deckmantel „liberal“ fehlenden Gelben ganze 23 Stimmen. Somit sind die 10 Beisitzer und 5 Hilfsbeisitzer dem Gewerkschaftsblock zugefallen. (Gewählt wurde nach Proporz.)

### Pneumatischer Meißel und Ornamentik.

Die Einführung der pneumatischen Werkzeuge in die Steinbearbeitungsindustrie hat es ermöglicht, auch den Granit und ähnliche harte Gesteine in bedeutend höherem Maße zu ornamentalisieren und figuralen Bildhauerarbeiten heranzuziehen. Namentlich in Amerika und Schottland wird er zu diesen Zwecken immer mehr verwendet und Standbilder aus Granit bilden dort keine große Seltenheit mehr. Daß man jedoch auch schon in früheren Zeiten in Schottland Statuen in Granit ausgehauen hat, kann man in Aberdeen sehen, das zwei figurale Denkmäler aus diesem Material besitzt, welche in den fünfziger Jahren des verflossenen Jahrhunderts zur Aufstellung gelangten. Es sind dies das Standbild des Priesters Jordan, eine Statue in 1/4 Lebensgröße aus grauem Granit und mit zahlreichen kunstvoll herausgearbeiteten Details, sowie das über 10 Fuß hohe Denkmal des fünften und letzten Herzogs von Gordon. Beide Bildwerke sehen, obwohl sie über 50 Jahre in einem nicht gerade günstigen Klima allen Witterungseinflüssen ausgesetzt waren, ausgenommen dem Patinaanflug, noch wie neu aus. Ausgeführt wurden sie von dem Gründer der bekannten Aberdeen Granitfirma Alexander Macdonald u. Co., Ltd., Herrn Alexander Macdonald, der im Jahre 1828 sein Geschäft eröffnete und dessen Wirken sowie dem seines Sohnes die Aberdeen Granitindustrie hauptsächlich den Uebergang zur modernen Großindustrie verdankt. Aberdeen ist stolz auf seine beiden Granitstandbilder und hofft in absehbarer Zeit noch ein drittes dazu zu bekommen, ein Denkmal für den Dichter Byron. Es ist bereits eine Sammlung hierfür im Gange und als Material soll Granit verwendet werden, den der Dichter geliebt und in seinen Werken oft verherrlicht hat.

Die Künstler scheinen auch in Schottland noch vielfach zu zögern, den Granit für ihre Zwecke sich dienstbar zu machen, und wenden hauptsächlich ein, daß seine Textur ihn nicht für Porträts usw. geeignet mache. Beispiele von in Aberdeen ausgeführten Büsten aus grauem Granit beweisen jedoch, daß diese Einwendungen nicht stichhaltig sind.

Die Zahl der in früheren und auch in neueren Zeiten aus Granit, Porphyrt, Basalt und ähnlichen Gesteinen ausgeführten Bildwerke, Sarkophage und anderer Monumente ist eine überaus große und über Länder verstreut, in welchen die Kunst von jeher auf einer hohen Stufe stand, so daß alle gegen den Granit gerichteten Einwendungen der übermodernen Kunstmüter durch die nicht wegzuleugnenden Tatsachen leicht zu widerlegen sind. „Deutscher Steinbildhauer“.

### Quittung.

Eingegangene Gelder vom 24. bis mit 29. Oktober 1910. (Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranzen- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)

- Weglar, B. 63.—, E. 1.50. Zwingenberg, B. 22.68, K. 9.60.
- Heidelberg, B. 71.63, E. 3.75, K. 3.55. Görlitz, B. 40.—, Elberfeld, B. 9.—, Cramwinkel, B. 2.75, E. 0.50, K. 0.50. Sahr, B. 30.50, E. 3.50, K. 11.—, Meißel, I., B. 329.82, K. 0.40. Wulsdorf, B. 25.75, E. 0.50, K. 0.80. Steyerfelden, B. 3.25, K. 2.—, Königsberg, B. 108.30, E. 1.50, K. 3.60. Krefeld, B. 65.—, E. 0.50, K. 2.50, M. 1.—, Hannover I., B. 312.08, E. 0.75, K. 7.10, M. 0.60. Knittlingen, B. 3.40, K. 0.20, M. 1.—, Münnersdorf, B. 111.22, E. 2.—, K. 10.—, M. 1.—, Sparned, B. 199.96, E. 0.50, K. 2.70. Roth a. S., B. 100.67. Weisenstadt, B. 194.—, K. 11.—, Sprottau, B. 6.—, Niederoderwitz, B. 4.—, Ahim, B. 4.90. Bernburg, B. 4.80. Mexane, B. 3.50. Pöhlndorf, B. 6.—, Dittelsdorf, B. 14.—, Peine, B. 12.80. Ebersbach, Ins. 2.40. Anblau, B. 28.18, E. 0.50. Bremke, B. 60.90. Blankenburg, B. 28.—, Essen, B. 276.25, E. 10.—, K. 10.—, M. 9.—, Kronach, B. 56.70, E. 1.50, K. 1.60. Rayen, B. 136.—, Neustadt a. S., B. 129.86, E. 7.—, K. 2.80. Oberlungwitz, B. 48.24. Rudolstadt, B. 2.94, E. 3.50. Wörth, B. 6.80, E. 1.50. Weglar, B. 105.—, E. 3.50, K. 10.—, M. 5.20. Würzburg, B. 27.30, K. 4.20. Boccawind, B. 57.80, E. 2.50, K. 4.—, Regenborn, B. 102.—, K. 5.—, Müllensbach, B. 58.88, M. 1.—, Kupferdreh, B. 50.—, Jphosen, B. 128.98, E. 1.50, K. 7.10, M. 10.60. Solenberg, B. 116.37, K. 4.10, E. 3.50. Göppingen, B. 84.—, E. 0.50, K. 10.—, M. 1.—, Duisburg, B. 5.52, M. 7.45. Edenstetten, B. 123.76, E. 1.—, K. 7.30, M. 6.—, Bremen, B. 40.—, Jena, Ins. 2.40. Fallersleben, B. 0.80. Kappel, B. 10.80. Neustrelitz, B. 8.—, Storkow, B. 5.—, Crimmitschau, B. 2.25. Witten, B. 2.40. Pflissen, B. 1.—, Friedenfels, B. 0.50. Gohmannsdorf, B. 50.—, M. 1.—, Goll, B. 44.94, E. 2.50. Hauswalde, B. 51.—, E. 3.50. Hohenleuben, B. 65.50, E. 5.50. Zöbelen, B. 99.48, K. 0.30. Mey, B. 184.50, E. 0.50, M. 10.—, Ruhmannsfelden, B. 35.70, E. 4.50, K. 2.90. Triberg, B. 84.84, E. 1.—, Worms, ? 37.60. Pirmasens, B. 69.85, E. 1.—, K. 0.20, M. 0.40. Neuenstein, B. 97.85, K. 8.90. Abainville, B. 35.48. Messersdorf, B. 3.10. Fachsenbach, ? 189.—, Blauberg, ? 178.76.

Ludwig Geist, Kassierer.

### Allgemeine Bekanntmachungen.

**Weglar.** Ersuche die Vertrauensleute allerorts, dem Steinmetzen Oskar Wirt genannt Spitzel keine neue Meißelkarte auszustellen, da er seine Karte hier liegen ließ. Auch ist er abgereist, ohne sein Buch in Ordnung zu bringen.

**Wilmhelm Herbel, Baugasse 3.** ist von hier abgereist und hat sein Buch in größter Unordnung liegen lassen. Die Ortsverwaltung.

**Maulbronn.** Ersuche die Vertrauensleute, mir die Adresse des Steinmetzen Wilhelm Nyasse, geb. am 2. Oktober 1877 in Detzshheim, umgehend mitzuteilen. Friedrich Dehler, Füllesgasse 47.

**Kappelrodek.** Der bisherige Modus der quartalsweisen Abrechnung der verschiedenen Platz- und Ortskassierer mit dem Zahlstellenkassierer hat die Buch- und Kassensführung derartig erschwert, daß die Zahlstellenverwaltung sich veranlaßt sieht, von nun an eine monatliche Abrechnung einzuführen. Die Platzkassierer haben die einflussierten Gelder allmonatlich

unter genauer Angabe für welche Mitglieder, für welche Art der Marken und für welche Wochen die Gelder bestimmt sind, an den Kassierer, Kollege Alois Steiger in Kappelrodek, einzusenden. Wo eine monatliche Abrechnung nicht erfolgt, unterbleibt eine weitere Pflanzung von Marken. Die Kollegen werden ersucht, die Platzkassierer durch pünktliche Beitragszahlung tatkräftig zu unterstützen und die komplizierte Verwaltungsarbeit der Zahlstelle Kappelrodek dadurch vereinfachen helfen.

Die Gauleitung.

Die Zahlstellenverwaltung.

### Adressen-Änderungen.

- Eberbach, Kass.: Ferdinand Knecht, Redarstraße 80.
- Rindern, Vorj.: Konrad Ehbrecht, Königswall 77/79 (Ronsumverein).
- Heppenheim a. d. Bergstr. Vorj.: Martin Graber, Wilhelmstraße 1. Dort wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.
- Brudmühl, Kass.: Joseph Manetketter.

### Briefkasten.

**Koburg.** Wir können nicht entziffern, welche Zahlstelle gemeint ist. — R. In Alimentsationsachen geben wir keinen juristischen Rat. Geirats' Radl, das is am besten, sunst aber joahst Dö Ausred, Du bist nicht Vater, na, den Schwindel kennen wir schoa. — T. Der Betreffende würde eine kleine Geldstrafe erhalten; Dein Renomme wird aber auf diese Weise sicherlich nicht gesteigert. — 100. Wird später verwendet, es muß aber vieles umgemodelt werden. Die Einleitung geht nämlich gerade bis zum Schluß. Und die Satzkonstruktion, na, gute Nacht. — Kagenbacher. In der Rubrik „Allgemeine Bekanntmachungen“ können wir solche Hinweise nicht bringen. — B. Verufe Dich auf den § 103 Abs. k der Gewerbeordnung. Im übrigen sei auf den § 135, betr. Kinderarbeit, verwiesen. — D. in Bremen. Wenden Sie sich an die Buchhandlung Mangold in Halle a. S. — G. Sende mir die Steine bald; sonst wird's vergessen. — L. in A. Der Bericht hat sich erledigt (siehe den besonderen Artikel).

### Anzeigen

(Bei Inseraten von Arbeitsangeboten übernimmt die Redaktion keine Gewähr über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Es ist Sache der Arbeitsuchenden, sich über die einschlägigen Verhältnisse schriftlich zu erkundigen.)

### Berlin.

Dienstag, den 8. November, abends 8 1/2 Uhr

### Versammlung der Sektion II (Marmorarbeiter)

im Englischen Garten, Alexanderstraße 27c.

Tagesordnung: 1. Die gegenwärtige Lage. 2. Verschiedenes. Jeder Kollege ist verpflichtet, die Versammlung zu besuchen und pünktlich zu erscheinen. Die Ortsverwaltung.

### Unübertroffen einfacher

und klarer Weise lehren die Selbstunterrichtswerke System Karnack-Hachfeld: **Steinmetzmeister, Strassenbautechniker, Polier, Bautechniker** das an den betr. Fachschulen gelehrt wird. **Man kann zur Erlangung höherer Stellen resp. zur Ablage einer Prüfung bedarf. Glänzende Erfolge. Dank von allen Arbeitenden. Kleine Teilzahlungen.**

Bonnesh & Hachfeld, Potsdam-W.18.

### Hobelstahl, Steinmetz-Bleistifte

### Steinmetz-Besen, Knüppel, Blutsteine

### Werkzeuge und Werkzeugstahl

empfehlen zu billigen Preisen

### Max Muster, Eisenhandlung

Chemnitz i. Sa., Bernsdorfer Straße 32. Preisliste gratis und franko.

### Schürzen

Hausmachereisen, 100 u. 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jackets, Leder- und Quastkissen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert

### Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung

Eigene Anfertigung. Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.

### 40-50 tüchtige Steinmetzen und Brecher

auf harten Sandstein werden sofort für dauernde Winterarbeit eingestellt. Meldungen erbeten an L. Niggl, Steinmetzgeschäft Mittelsteine (Schlesten), Graßchaft Glaz.

Unterzeichneter nimmt hiermit die Beleidigung, welche er gegen die Allgemeine Meißner Kranken- und Sterbekasse, dieselbe sei eine Schwindelkasse, gebraucht hat, als unwahr zurück. Franz Keim, Steinhauer, Neusatz.

### Gestorben.

(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingesandt werden.) In Bunzlau am 24. Oktober der Kollege Wilhelm Winkler, 34 Jahre alt, an der Berufskrankheit. — Ebenfalls am 25. Oktober der Kollege Emil Jakob, 32 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In Demitz-Thumitz am 20. Oktober der Kollege Ernst Hermann Kaulfuß, 18 Jahre alt. Er schied freiwillig aus dem Leben. In Grethen am 26. Oktober der Kollege Joseph Scherer, 40 Jahre alt, an der Berufskrankheit. In Großheirberg am 20. Oktober der Kollege Eduard Müller, 39 Jahre alt, an einem Schiefhals. In Kronach am 26. Oktober der Kollege Karl Böhm, 25 Jahre alt, an Rückenmarkschwindsucht. Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: A. Staudinger, Leipzig. Verlag von Paul Starke in Leipzig. Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.



## Ein Jubiläum der Schmach.

100 Jahre preussisches Gefinderecht.

Ziehen wir einen Vergleich mit den heutigen politischen Verhältnissen und denen vor hundert Jahren, so ergibt sich, daß Preußen damals ebenso der Hort jeder Reaktion war, wie dies auch heute noch der Fall ist. Als nun im Jahre 1806 nach den Schlächten von Jena und Auerstädt der preussische Staat gewissermaßen in Stücke geschlagen war und die ländliche Bevölkerung in den Franzosen nicht die Eroberer, sondern ihre Befreier sah, begann die preussische Regierung der bis dahin dem Adel rücksichtslos preisgegebenen Bevölkerung auf einmal einige „Freiheiten“ zu versprechen. So unterzeichnete Friedrich Wilhelm III. das Edikt vom 9. Oktober 1807, in dessen § 10 es hieß: „Nach dem Datum dieser Verordnung entsteht fernerhin kein untertäniges Verhältnis, weder durch Geburt noch durch Heirat, noch durch Uebernahme einer untertänigen Stellung, noch durch Vertrag.“ Der § 12 desselben Edikts verkündet sogar: „mit dem Martini 1810 hört alle Untertänigkeit in unseren sämtlichen Staaten auf, nach dem Martinitage 1810 gibt es nur freie Leute.“

Weber die preussische Regierung, noch der Adel waren jedoch gewillt, diese Versprechungen zu halten, und so erschien denn zwei Tage vor dem Martini 1810, von wo ab alle Preußen „freie Leute“ sein sollten, auf einmal eine „Gesindeordnung“, die alle Versprechungen über den Haufen warf. Es ist dies die preussische Gesindeordnung vom 8. November 1810, die für das Gebiet des früheren preussischen Landrechts heute noch Geltung hat. Für die landwirtschaftlichen Arbeiter und das Gesinde kommt dann weiter noch ein Gesetz vom 24. April 1854 in Betracht, das sogar den „Ungehorsam“ unter Strafe stellt. Trotzdem von der Sozialdemokratie in den Parlamenten schon mehrfach die Unterstellung des Gesindes und der landwirtschaftlichen Arbeiter unter die Gewerbeordnung verlangt worden ist, hängen sich die Junker krampfhaft an die veralteten einzelstaatlichen Gesindeordnungen, wovon die preussische mit zu den allererschlechtesten gehört.

Die früheren Bestimmungen im preussischen Landrecht über die Rechte und Pflichten des Gesindes enthielten prinzipiell drei Hauptabschnitte, welche lauteten:

- 1. vom gemeinen Gesinde,
2. von Hausoffizianten,
3. von Sklaven.

Ist nun die Sklaverei in Preußen-Deutschland inzwischen auch gesetzlich aufgehoben, so werden die Diensthöten in der Praxis auch heute noch zu reinen Hausknechten erniedrigt. „Gemeines Gesinde“, so heißt es z. B. im § 75 der preussischen Gesindeordnung, welches nicht ausschließlich zu gewissen bestimmten Geschäften gemietet worden, muß sich allen häuslichen Verrichtungen nach dem Willen der Herrschaft unterziehen. Hiernach steht der Herrschaft die ganze Arbeitskraft und Arbeitszeit des Diensthöten zur Verfügung. Ein besonderer Lohn kann selbst dann nicht gefordert werden, wenn der Diensthöte außer gewöhnliche Dienste, z. B. bei Krankheiten des Nebengesindes, leistet.

Gesinde, das sich nun hartnäckigen Ungehorsam oder Widerweigerung gegen die Befehle der Herrschaft oder der zu seiner Aufsicht bestellten Personen auszulassen kommen läßt, kann auf Antrag der Herrschaft seitens der Polizeibehörden mit einer Geldstrafe bis zu 15 Mk. oder einer Haftstrafe bis zu drei Tagen bestraft werden. (Gesetz vom 24. April 1854.) Ueber den Begriff „hartnäckiger Ungehorsam“ oder „Widerweigerung“ legt ein Strafbefehl eines Dienstrichters, der dem Schreiber dieses vor einigen Jahren vorgelegt wurde, Zeugnis ab. Der arme Knecht war, nachdem er zum Aufstehen geweckt, nicht schnell genug aufgestanden. Der Strafbefehl lautete: „Sie haben am 4. Juni 1904 dem Befehl Ihres Dienstherrn, Gutbesitzer R. R. zu 8. nicht Hölse geleistet, morgens vor 4 Uhr aufzustehen, obwohl Sie geweckt wurden. Die Uebertretung wird bewiesen durch die Anzeige des Gutbesizers R. R. in E. Es wird deshalb gegen Sie auf Grund des Gesetzes vom 24. April 1854 eine Geldstrafe von 5 Mk. oder eine Haftstrafe von zwei Tagen festgesetzt.“ Auf eingeleiteten Widerspruch bestätigte natürlich das zuständige Amtsgericht dieses Dokument der Schmach.

Uebermäßig lange Arbeitszeit, miserable Löhnerhältnisse, ungenügende Beschäftigung, niedriger Lohn, schlechte Behandlung usw. dies sind vielfach die ständigen Klagen der armen Dienst-

boten. Die ist nun der gesetzliche Schutz dagegen beschaffen. Entschuldigend. So kann der Diensthöte den Dienst zwar sofort verlassen, wenn die Herrschaft dem Gesinde das Kostgeld gänzlich vorenthält oder ihm selbst die notwendige Kost verweigert. Ob aber die notwendige Kost gewährt ist, prüft bei uns in Preußen einzig und allein die Polizeibehörde. Gegen die polizeiliche Entscheidung ist der Rechtsweg (Klage bei Amts- und Landgericht) nicht zulässig, sondern nur die Beschwerde oder Klage im Verwaltungswege (Kreis- oder Bezirksausschuß). Die Uebermacht der Herrschaften dem Gesinde gegenüber zeigt sich so recht deutlich in der preussischen Gesindeordnung, indem die Herrschaft nach 19 Paragraphen die sofortige Entlassung verfügen kann, das Gesinde aber nur nach 7 Paragraphen — und da auch nur mit den nötigen „wenn“ und „aber“ — den Dienst plötzlich verlassen darf. Hierzu ein paar Beispiele: Das Gesinde kann sofort entlassen werden, wenn dasselbe die Herrschaft durch Schimpfworte beleidigt. Gegen Schimpfereien der Herrschaft ist aber das Gesinde absolut nicht geschützt. Nach den §§ 136 und 137 der preussischen Gesindeordnung kann das Gesinde den Dienst ohne Aufkündigung verlassen: 1. wenn es durch Mißhandlungen von der Herrschaft in Gefahr des Lebens oder der Gesundheit versetzt worden, 2. wenn die Herrschaft dasselbe auch ohne solche Gefahr, jedoch mit ausschweifender und ungewöhnlicher Härte behandelt hat. Da nach dem Artikel 95 des Einführungsgesetzes zum Völkervertrag dem Gesinde dem Diensthöten gegenüber ein Zuchtigungsrecht überhaupt nicht mehr zustehen soll, machte ein Dienstmädchen, das vom Diensthöten verprügelt worden, einmal die Probe auf Exempel und verließ kurzerhand den Dienst. Das Mädchen hatte nach eigener Bekundung mehrere Ohrfeigen erhalten und war mehrmals mit der Hand über den Rücken geschlagen worden. Das Landgericht zu Naumburg urteilte darüber wie folgt: „In dieser dem jugendlichen, widerpenkigen Diensthöten von seinem Diensthöten in der Erregung verabsolgt Zuchtigung steht der Vorderrichter (Amtsgericht) zu Unrecht eine Behandlung des Diensthöten mit „ausschweifender und ungewöhnlicher Härte“, die der § 137 der Gesindeordnung als Grund zum sofortigen Entlassen des Diensthöten anführt. Wegen einer solchen, nur als mäßige (!) anzusehenden Zuchtigung, wie sie nach Bekundung der Ehefrau des Beklagten erfolgte, kann vielmehr die Klägerin nicht als berechtigt angesehen werden, vom Beklagten fortzugehen.“ Dem Diensthöten und Gericht kam hierbei noch der § 77 zu Hilfe, der lautet: „Bringt das Gesinde die Herrschaft durch ungebührliches Verhalten zum Zorn, und wird in selbigem von ihr in Scheltworten oder geringen Tätlichkeiten behandelt, so kann es dafür keine gerichtliche Genugthuung fordern.“ Nach diesem Paragraphen können nun die Herrschaften lustig weiter schimpfen und prügeln.

Verläßt aber ein Diensthöte wegen miserabler Behandlung, Prügelein usw. den Dienst, dann kann ihn die Herrschaft nicht allein für allen entstehenden Schaden haftbar zu machen, sondern ihn auch noch polizeilich bestrafen lassen. Hier sind dann Geldstrafen bis zu 30 Mk. oder Haftstrafen bis zu 8 Tagen vorgesehen. Außerdem kann der Diensthöte durch die Polizei in den Dienst zurückgeführt werden. Auf das Zeugnis, welches die Herrschaften in vorstehenden Fällen dann in das Dienstbuch schreiben, bekommt der arme Diensthöte nachher überhaupt fast keine annehmbare Stelle mehr. Deshalb auch weg mit den Gesindebüchern.

Während nach der Gewerbeordnung für die gewerblichen Arbeiter und Arbeiterinnen der Arbeitsvertrag sich nur auf 14 Tage erstreckt und, wenn nichts anderes vereinbart, alle vierzehn Tage die Kündigung erfolgen kann, gilt der Dienstvertrag beim städtischen Gesinde auf ein Vierteljahr, beim Landgesinde aber auf ein ganzes Jahr für abgeschlossen, sofern hierüber und über die Kündigungsfristen nichts anderes verabredet wird. Die Kündigung hat nach der Gesindeordnung bei städtischem Gesinde sechs Wochen und bei Landgesinde drei Monate vor Ablauf der Dienstzeit zu erfolgen, andernfalls sich der Vertrag wiederum auf drei Monate oder ein Jahr stillschweigend verlängert. Um sich vor Schaden zu bewahren, vereinbarte man ganz kurze Kündigungsfristen. Dies ist um so notwendiger, als die Herrschaften den Diensthöten den Lohn auf alle mögliche Art und Weise zu Wasser machen können. Da hat z. B. die Gesindeordnung im § 66 nach einer sehr dehnbaren Bestimmung, die lautet: „Mißt das Gesinde der Herrschaft vorzüglich oder aus grobem oder möglichem Versehen Schaden zu, so muß es

denselben ersetzen.“ Ein grobes Versehen ist ein solches, welches bei gewöhnlichen Tätigkeiten ohne Anstrengung der Aufmerksamkeit, ein mögliches Versehen ein solches, das bei einem gewöhnlichen Grade von Aufmerksamkeit vermieden werden konnte. Hierzu gehört z. B. das Zerbrechen des Geschirrs oder die Beschädigung von Möbeln bei deren Reinigen aus Unachtsamkeit, das Verlieren einer dem Gesinde anvertrauten Sache usw. Wegen solchen Entschädigungsansprüchen kann sich die Herrschaft nach § 68 an den Lohn derselben halten. Kann der Schaden weber aus rückständigem Lohne, noch aus andern Dabstleistungen des Diensthöten gedeckt werden, so muß er denselben nach § 69 der elenden Gesindeordnung durch unentgeltliche Dienstleistung auf eine verhältnismäßige Zeit vergüten. Diese Bestimmung grenzt an die reine Sklaverei. Die Polizeibehörden sind nicht einmal besugt, die Herrschaften an ihrem vermeintlichen Zurückbehaltungsrecht zu hindern. Noch viel weniger darf sich der Diensthöte zur Wehr setzen. Tätlich widersetzen darf sich der Diensthöte überhaupt nur, wenn das Leben oder die Gesundheit des Diensthöten durch Mißhandlungen in unvermeidliche Gefahr gerät. Ob in letzterem Falle der Diensthöte in der Notwehr gehandelt hat oder nicht, dies prüft natürlich wieder die Polizei und nachher der Staatsanwalt nebst den Gerichten.

Möge nun diese kurze Schilderung unter Hervorhebung der miserabelsten Paragraphen dazu beitragen, daß die preussische Gesindeordnung nebst den übrigen so bald wie möglich von der Bildfläche verschwinden.

## Wirtschaftliche Rundschau.

Die Diskonterhöhung der Bank von England und ihre Wirkung auf den Arbeitsmarkt. — Wachsende Konkurrenz am gewerblichen Arbeitsmarkt.

Der Geldmarkt ist im laufenden Jahre in einer Weise in Anspruch genommen, daß dadurch eine ungewöhnliche Verteuerung der Geldleihe eingetreten ist. Schon im September stellte sich der Wechselkurs der Deutschen Reichsbank auf 5 Prozent, aber damit war die stärkste Spannung am Geldmarkt während des laufenden Jahres noch nicht erreicht. Vielmehr mußte in den letzten Tagen auch die Bank von England ihren amtlichen Diskontsatz auf den nämlichen Stand, nämlich auf 5 Prozent, erhöhen, um dadurch den fortgesetzten Abflüssen von Gold entgegenzuwirken. Ein fünfprozentiger amtlicher Diskont bedeutet aber für die geschäftliche Praxis, die mit Kredit in steigendem Maße arbeitet, eine nicht unerhebliche Verteuerung der hergestellten oder gehandelten Waren. Denn da die Masse der Waren vom Produktionsorte bis zum Konsumenten verschiedene Geschäfte durchläuft und fast in jedem eine Belastung erfährt, die von der Höhe der Diskontsätze abhängt, und da ferner der Wechselkurs im Durchschnitt aller geschäftlichen Transaktionen noch über dem amtlichen Satz des einzelnen Landes steht, so summiert sich die Wirkung eines hohen Diskonts zu einem nicht unwesentlichen Betrage, der entweder auf die Konsumenten abzuwälzen oder aber durch eine Minderung der Herstellungskosten herauszuwirtschaften versucht wird. Es kommt aber vom Standpunkte des Arbeitsmarktes noch eine weitere Wirkung hinzu, die große Beachtung verdient. Nach dem amtlichen Diskontsatz stellt sich auf allen Gebieten des Kapitalmarktes die Wertung aller Anlagepapiere fast automatisch ein. Verändert sich der amtliche Diskont, so wirkt diese Veränderung wie ein Preisregulator. Bei einem Steigen des Diskonts erfahren die festverzinslichen Werte je nach der Höhe ihres Zinsfußes eine Entwertung. Bei den Dividendenwerten richtet sich die Wertänderung nach den in Aussicht stehenden finanziellen Erträgen; sind gleiche Erträge in Aussicht, so tritt ebenfalls eine entsprechende Senkung des Kurses ein. Vermögen die Gesellschaften ein besseres Erträgnis herauszuwirtschaften, so kann die entwertende Wirkung eines höheren Diskontsatzes ganz vermieden werden. Nun liegt es aber im Interesse der Dividende tragenden Gesellschaften, die auf die Beanspruchung des öffentlichen Kapitalmarktes angewiesen sind, den Kurs des in ihnen verbenden Kapitals möglichst hochzuhalten. Dafür sorgt allein schon die gegenseitige Konkurrenz. Eine Erhöhung der Diskontsätze wirkt daher auf die Dividendenpolitik der Aktiengesellschaften in der Weise, daß diese bestrebt sind, durch Erzielung einer höheren Dividende einer Entwertung des in ihnen verbenden Kapitals entgegenzuwirken. Das geschieht aber auf mannigfache Art, nicht zuletzt auch auf Konto der Arbeitslohnsummen, und hier

## Die Leidensgeschichte der fünf Steinmehnen.

Der Beruf der Steinmehnen ist uralte. Unsere Kollegen im grauen Altertum taten sich besonders beim Bau der ägyptischen Pyramiden hervor. Ihre gewaltigen Arbeiten werden noch viel bewundert, und wenn sich in Zukunft unser Geldbeutel etwas mehr füllen sollte, was wir bestimmt hoffen, dann werden wir uns auch einmal aufmachen, um ins lagenunwobene Niland zu pilgern, um jene Pyramiden bei Gizeh selbst etmal anstauen zu können. — Die nachstehenden Ausführungen befaßen sich mit der Leidensgeschichte der fünf christlichen Steinmehnen unter der römischen Kaiserzeit.

Wilhelm Wattenbach, der klassische Quellenhistoriker der deutschen Geschichte, hält die Leidensgeschichte der christlichen Steinmehnen, die hier folgt, für sehr alt. Er äußert sich in seinem großen Werk über „Deutschlands Geschichtsquellen“ — kompetent ist jetzt nur die von dem zu früh verstorbenen ausgezeichneten Münchener Mittelaltershistoriker Ludwig Traube besorgte Ausgabe von 1904 — so über diese Geschichte: „Mit ist die Legende sicher, geschrieben, bevor Pannonien von den Barbaren überfallen war, und das Treiben in den Steinbrüchen ist mit solcher Anschaulichkeit und auch mit so durchgängiger Beibehaltung der technischen Ausdrücke geschildert, daß der Verfasser selbst noch persönliche Kunde davon gehabt haben muß. Als solchen nennt die alte Pariser Handschrift den Schatzungsbeamten Porphyrius... Aber nur die ursprünglichen pannonische Legende können wir ihm zuschreiben.“

Können wir also die Entstehungszeit der Geschichte der christlichen Steinmehnen jedenfalls in die Zeit vor dem eigentlichen Vordringen der Völkermigration, also vor das vierte Viertel des vierten christlichen Jahrhunderts verlegen, so haben wir andererseits auch Hilfsmittel, die Grenze nach rückwärts zu bestimmen. Die Geschichte der Steinmehnen ereignete sich zur Zeit Diokletians, den wir kennen. Aber Diokletians Regierung dauerte 21 Jahre; und noch länger, da Diokletian nach der Abdankung, nach 306, also noch als Mitkaiser, eine Rolle spielte. Einem Spezialisten der römischen Kaisergeschichte, dem Schweizer Historiker Max Bilingier, ist es gelungen, durch Beachtung aller in der Geschichte der Steinmehnen enthaltenen Anzeichen und der sonst über Diokletian und seine Zeit überlieferten Zer-

sagen glaubhaft zu machen, daß die Passion der fünf christlichen Steinmehnen, das heißt das Ereignis selbst, ins Jahr 306 zu setzen ist.

Uns interessiert hier zweierlei. Die Legende der fünf, die in der Hauptsache ganz sicher historische Glaubwürdigkeit ansprechen darf, beweist, daß das Christentum nicht etwa bloß durch Berufsprediger, sondern ebensosehr durch jene Methoden verbreitet wurde, die wir heute Kleinagitation von Mann zu Mann nennen: durch christliche Arbeiter, die man in die Außenbezirke des römischen Reiches, beispielsweise in die pannonischen Steinbrüche, verbannt hatte. Und dann ist diese Geschichte gerade für uns deshalb so fesselnd, weil sie den Arbeiter jener Tage in einer Lage zeigt, die der sozialdemokratischen Arbeiters von heute genau entspricht. Denn der sozialdemokratische, nicht der christliche Arbeiter von heute ist das Ebenbild jener fünf Märtyrer. Sehen wir von allem religiös-mythologischen Beiwerk ab, so bleibt eine ganz vernünftige Parallele: jene christlichen Arbeiter sind wie der sozialdemokratische Arbeiter von heute von dem zeugenden, härtesten Geiß einer neuen, die Welt revolutionierenden Lehre durchdrungen, für die sie ihr Leben geben. Sie leisten — was auch Unternehmer den Gewerkschaften nachrühmen — technisch besseres als ihre Kollegen und sind die eigentlichen Charaktere ihrer Zeit. Sie dulden viel von der Zurückgebliebenheit und dem kleinlichen Reich ihrer Arbeitskollegen, die sich gar zu Streikbrecher- und Demunziantendiensten ergeben. Aber das alles wird der aufmerksame Leser dem Text selbst entnehmen, den wir in deutscher Übersetzung folgen lassen:

### Die Leidensgeschichte der fünf Steinmehnen.

Es war zur Zeit, da Kaiser Diokletian nach Pannonien in die Steinbrüche riefte, um in seiner Gegenwart mehrere Bildhauerarbeiten ausführen zu lassen. Er versammelte die Steinmehnen und fand unter ihnen einige Arbeiter von ganz vorzüglichem Können: Claudius, Castorius, Symphorianus und Nikostratus, die in ihrer Kunst fast Wunderkräfte waren. Sie aber bekannten sich heimlich zum Christentum und bewahren Gottes Gebote in ihrem Herzen; und was immer sie für eine Arbeit beginnen mochten, immer führten sie Schlegel und Meißel im Namen des Herrn Jesus Christus. (Dieses Tages haben sie auf Befehl des Kaisers Diokletian an einem Marmor das

Bildnis des Sonnengottes auszuführen, wie er seinen mit Bierden bespannten Wagen lenkt. Damals aber mußten die Bildhauer den Geboten der Philosophen, der Künstler und der Theoretiker gehorchen; und es entspann sich zwischen den Künstlern und den Theoretikern ein gar heftiges Streitegespräch über das Kunstwerk, das da geschaffen werden sollte. Die Bildhauer hielten einen großen Block thalassischen Marmors an; aber die Arbeit geriet nicht nach dem Willen des Kaisers. Und es war ein tagelanger Streit zwischen den Kunstrichtern des Kaisers und seinen Bildhauern. Eines Morgens kamen alle Bildhauer des Ortes, 622 an Zahl, und die fünf kaiserlichen Kunstmeister bei dem Volk aufzutreten und begannen das Gebot des Geistes, es was löst von Wichtigkeit ist, zu unterlegen. Und da war ein arger Kampf zwischen den kaiserlichen Kunstrichtern und den Bildhauern.

Zur selben Zeit sprach der Bildhauer Symphorian im Vertrauen zu seinem Glauben also zu seinen Arbeitern: Kameraden: Brüder, Kameraden, ich bitte euch, vertraut auf mich; ich bin gewiß, ich werde es mit meinen vier Freunden, dem Claudius, dem Simplicius, dem Nikostratus und dem Castorius, schon schaffen, daß das Werk dem Kaiser gefällt. Und hieß mit ihnen auf den Block los, so daß die Schönheit des Geistes recht zum Vorschein kam, und meißelte und schnitt im Namen Jesu Christi, unfers Meisters; und das Werk gelang nach den Wünschen des Kaisers. Fünfundsiebzig Fuß hoch ragte das Bild des Sonnengottes. Das ward dem Kaiser gemeldet und er freute sich. Zur selben Stunde noch befahl er, daß ebendort in Pannonien, an einer Stelle, die man den fetten Berg nannte, ein Tempel gebaut werde; und in diesem Tempel ließ er das vergoldete Bild des Sonnengottes aufstellen. Und begann daselbst kräftlich zu sein mit Gottesdienst und Rauchopfern und Wohlgerüchen und gab den Bildhauern große Geschenke. Und wie sich der Kaiser an dem Werke der christlichen Bildhauer erfreute, da befahl er in seinem übergroßen Kunstseher, es sollten die Bildhauer aus purpurnem Gestein Säulentümpfe hauen. Und rief Claudius, Symphorianus, Nikostratus, Castorius und Simplicius zu sich, empfang sie mit Vergnügen und sprach zu ihnen: Es ist mein Wille, daß man mir unter eurer tüchtigen Leitung aus purpurnen Steinen Säulentümpfe anhaue.

Die Arbeiter hörten dies und gingen mit der Menge ihrer Kameraden und den Kunstrichtern sofort an die Arbeit. Sie kamen an eine Stelle, wo es der rote Stein heißt; und begannen diese Blöcke roten Porphyrs herauszuhauen. Claudius aber tat alles, was er anfang, im Namen des Herrn Jesus Christus; und das Werk gelang ihm. Simplicius freilich war ein Heide; und nichts wollte ihm geraten.

1 Pannonien hieß das heutige Ungarn südlich der Donau.
2 Wir haben natürlich nicht die Urform.
3 Untersuchungen zur römischen Kaisergeschichte, Band 3, Stück 1 und Anhang.

\* Die verbannten Christen wurden vielfach auch verstümmelt, einäugig geblendet, an einem Fuße gefesselt und auf der Stirn gebrandmarkt. (So nach den Briefen des Kirchenvaters Cyprian.)
† Thafos hieß eine durch Marmor und Weine im Altertum berühmte Insel im Aeäischen Meer. nahe der thrakischen Küste.



ist der Punkt der Wirkung des höheren Diskonts, der für die gesamte Arbeiterschaft von großer Bedeutung ist. Die Verteuerung am Geldmarkte steigert die Ansprüche der Kapitalisten am Produktionsertrage und wirkt einer Vergrößerung des Anteils der Arbeit entgegen. Und da die Befehle des Geldmarktes international sind und die heutige Verfassung unserer Zentralnotenbanken dem internationalen Konnex stark Rechnung trägt, vielleicht mehr als es bei anderer Organisation nötig wäre, so wirkt auch die Diskonterhöhung der Bank von England alsbald wieder auf den deutschen Geldmarkt zurück. Mit Besorgnis blicken die interessierten Kreise auf die Bewegung des Devisenfußes, der sich im Geldverkehr von Deutschland auf London bildet. Steigt er bis zu der Höhe, daß die Begleichung von Schulden, die sonst mit Wechseln auf London bezahlt werden, durch Verwendung von Bargeld rentabler wird, so strömt Gold nach England ab, und die Reichsbank sáhe sich veranlaßt, ihren fünfprozentigen Satz weiter zu erhöhen. Wie ungünstig aber eine weitere Verteuerung der Geldleihsätze wirken würde, das erhellt wohl aus den vorstehenden Ausführungen: im Kampf um den Anteil am Produktionsertrag würde die Tendenz, die auf ein Anwachsen des Kapitalanteils hinzielt, eine weitere Verschärfung erfahren.

Während auf dem Geldmarkte der Herbst eine überaus kräftige Steigerung der Nachfrage bringt, der gegenüber das Angebot unzulänglich ist, pflegt am Arbeitsmarkt zwar erst auch eine starke Belebung der Nachfrage einzusetzen. Aber die Knappheit des Angebots ist nur von kurzer Dauer. Schon im Oktober wächst das Angebot, und die folgenden Monate bringen eine starke Belastung des gewerblichen Arbeitsmarktes mit überschüssigen Kräften, die über die Wintermonate den mehr oder weniger großen Umfang der Arbeitslosigkeit bedingen. Dadurch erhöht sich die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, dadurch tritt für die Durchsetzung von Forderungen, die eine Besserung der Arbeitsbedingungen bezwecken, eine erhebliche Erschwerung ein. Aus dieser Tatsache ergibt sich, wie in einer Situation wie der jetzigen die Position des Kapitals innerhalb des wirtschaftlichen Prozesses günstiger ist als die der Arbeit. Noch der September schloß überaus günstig für den Arbeitsmarkt. Der Andrang ging nach der Statistik des „Arbeitsmarktes“ schon bis auf 107,67 herunter. Dieser schon äußerst niedrige Stand kann in den nächsten fünf Monaten nicht selbstgehalten werden. Vor März nächsten Jahres ist ein ähnliches Niveau des Andranges am gewerblichen Arbeitsmarkt nicht wieder zu denken, wenn auch der Grad der Besserung gegenüber dem Vorjahr, was anzunehmen und zu wünschen ist, noch zu nehmen sollte. Aber absolut steigt der Andrang von September ab bis Ende Januar in äußerst scharfer Weise, um dann erst im Februar wieder, aber nicht entfernt bis auf das Niveau des Septembers zu sinken. Diese Gestaltung des Arbeitsmarktes ist gerade so eine alljährlich wiederkehrende Erscheinung, wie die herbstliche Anspannung am Geldmarkte, deren Grad freilich in den einzelnen Jahren sehr verschieden ist. Die Gestaltung des Andranges am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten dürfte in der Hauptsache in einer ähnlichen Kurve verlaufen wie im Jahre 1903/04, das in dem Ring von Niedergangs- und Aufschwungsperiode dem Jahre 1910 entspricht. Damals gestaltete sich aber der Andrang in den fraglichen Monaten wie folgt:

September	Oktober	November	Dezember
117,7	131,8	168,8	160,2
Januar	Februar	März	
159,1	134,2	100,4	

Der September 1910 stand schon etwas tiefer als der September 1903, aber nichtabsetzender ist mit einer ähnlichen Bewegung wie damals zu rechnen, die freilich durch verschiedene Umstände, so vor allem durch die Witterung mehr oder weniger stark modifiziert wird. Der Septembervorprung des laufenden Jahres bewirkt nämlich auch eine etwas stärkere Konzentration des Angebotes in den gewerblichen Distrikten, so daß die nächsten Monate einen Ausgleich des diesjährigen Vorprungs im Vergleich zum Jahre 1903 bringen können. Jedenfalls aber muß bei allen Aktionen diese steigende Richtung des Andranges am gewerblichen Arbeitsmarkte von Oktober bis Januar berücksichtigt werden.

Berlin, am 23. Oktober 1910. Rich. Calwer.

## Der Christliche Keram- und Steinarbeiterverband, seine Verwaltungs- und Finanzpraxis.

Seit dem 1. Januar 1909 haben wir in Deutschland in der Steinindustrie einen christlichen Steinarbeiterverband, der jedoch keine reine Berufsvertretung darstellt, weil die bis dahin in den verschiedenen christlichen Organisationen organisierten Steinarbeiter dem Keramarbeiterverband zugeteilt wurden. Wiederholt hatten die früheren Agitatoren der verschiedensten christlichen Organisationen den Kollegen gesagt, daß bald ein eigener christlicher Berufsverband errichtet werden solle. Aber die Sache kam anders; auf einer Konferenz in Frankfurt a. M. (15. Nov. 1908) wurde den Delegierten von den in den verschiedenen Verbänden organisierten Steinarbeitern mit dünnen Worten erklärt, daß an die Gründung eines besonderen christlichen Steinarbeiterverbandes nicht gedacht werden könne. Die Mitgliederzahl sei viel zu gering; es bliebe nur eine Möglichkeit, und diese sei, daß alle Steinarbeiter sich einem bestehenden Verbands anschließen. Der jahrelange schöne Traum von einer eigenen Berufsorganisation war in ein Nichts zerronnen. Nun wurden den Delegierten zwei Verbände offeriert, an die der Anschluß erfolgen könne. Der Christliche Bauhandwerkerverband lehnte die Aufnahme dankend ab; nun blieb noch der Christliche Keram-, Ton-, Glas-, Porzellan-, Steingut- und Ziegelverband übrig, der dann seine Bereitwilligkeit erklärte, auch die Steinarbeiter zu dem allgemeinen Ring seiner Berufsgruppen noch hinzuzunehmen. Der Verband nahm einen neuen Namen an; die Firma wurde geändert in Keram- und Steinarbeiterverband. Zunächst ist es schwierig, genaue Zahlen zu erhalten, wieviele christlich organisierte Steinarbeiter nun insgesamt zu der neuen Firma übertraten; die Zahl dürfte wohl mit etwa 700 Mann stimmen.

Werfen wir einen Rückblick auf die Gründung des Christlichen Keramarbeiterverbandes. Bis zum Jahre 1902 bestanden für die christlich organisierten Glas-, Ton- und Ziegelerbeiter keine Zentralorganisationen, sondern nur Lokalvereine, die sich dann Ende 1902 zu einem Zentralverbande vereinigten. Die Leitung der neuen Organisation wurde der Münchner „Safnersektion“ übertragen.

Am 1. Januar 1905 wurde der Sitz des Verbandes nach dem „deutschen Rom“ (Köln) verlegt und als Zentralvorstand Herr Lehner angestellt. Zu Pfingsten 1908 fand ein Kongress in München statt. Als Mitglieder des Verbandes wurden 10 000 Mann gemustert, laut Angaben des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften“ Nr. 13, Jahrgang 1908, Seite 205. Auf diesem Verbandstage wurde noch die Neuordnung der Beiträge beschlossen und für das Jahrbuch Herr Fromm (Verwandter des Herrn Lehner) gewählt. Ein Protokoll über die Verhandlungen der Generalversammlungen ist nicht zu erhalten; aller Wahrscheinlichkeit nach wurden über die Verhandlungen keine Spezialberichte gedruckt. Man ist somit nur auf die sehr dürftigen Notizen in der Presse angewiesen. Warum die Zeitung des Christlichen Keramarbeiterverbandes über die Verhandlungen auch des zuletzt in Köln am 14. und 15. August stattgefundenen Verbandstages kein gedrucktes Protokoll herausgab, ent-

zieht sich unserer Kenntnis. Vielleicht waren die Verhandlungen derart interesselos, daß sich die Drucklegung nicht lohnte? — Genau dieselbe Praxis wird bezüglich der Drucklegung der einzelnen Jahresberichte des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes befolgt. Auch hier ist man bei der Nachprüfung des Verwaltungsberichts nur auf die Publikationen des „Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften“ und das Verbandsorgan beschränkt.

Es soll nun jetzt ein Rückblick erfolgen über die Finanzwirtschaft des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes in den Jahren 1907, 1908 und 1909. Die Mitgliederzahl betrug 1907 im Jahresdurchschnitt 8353, am Schlusse des Jahres 1907 waren 10 000 organisierte Keram-, Glas- und sonstige Arbeiter im Christlichen Keramarbeiterverbande vorhanden.

Die Einnahmen setzen sich für das Jahr 1907 folgendermaßen zusammen:

Aufnahmebeiträge . . . . .	2 259.— M.
Beiträge der Mitglieder . . . . .	68 279.— "
Extrabeiträge . . . . .	2 837.— "
<b>Sa.: 72 875.— M.</b>	

Die Ausgaben verteilten sich für 1907 folgendermaßen:

Verbandsorgan . . . . .	4 502.— M.
Agitation . . . . .	9 499.— "
Streik . . . . .	27 527.— "
Reiseunterstützung . . . . .	1 728.— "
Krankenunterstützung . . . . .	5 225.— "
Sterbegeld . . . . .	726.— "
Rechtsschutz . . . . .	850.— "
Gehälter . . . . .	2 100.— "
Verwaltung . . . . .	1 500.— "
Bibliothek . . . . .	1 700.— "
Beitrag zum Gesamtverband . . . . .	1 200.— "
<b>Sa.: 56 506.— M.</b>	

Bilanz:

Einnahmen . . . . .	72 875.— M.
Ausgaben . . . . .	56 506.— "
<b>Bestand des Jahres 1906 . . . . .</b>	<b>16 374.— M.</b>
<b>Rassenbestand am 31. Dezember 1907 . . . . .</b>	<b>37 719.— M.</b>

Mitgliederzahlen im Jahre 1908: Am 1. Januar 1908 10 000, Anfang Juni 10 000, Jahresdurchschnitt 1908 4883 Mitglieder. Die vorstehenden Zahlen zeigen einen gewaltigen Mitgliederverlust; circa 50 Prozent der Gesamtmitglieder gingen dem Verbands verloren.

An Einnahmen werden angegeben im Jahre 1908:

Aufnahmegebühr . . . . .	1 332.— M.
Beiträge der Mitglieder . . . . .	62 381.— "
Extrabeitrag . . . . .	1 813.— "
Diverse Einnahme . . . . .	1 978.— "
<b>Sa.: 67 002.— M.</b>	
<b>Rassenbestand vom 31. Dez. 1907 . . . . .</b>	<b>37 719.— M.</b>
<b>Sa.: 104 721.— M.</b>	

Die Ausgaben sind für das Jahr 1908 folgendermaßen verteilt:

Verbandsorgan . . . . .	6 700.— M.
Agitation . . . . .	14 610.— "
Streik . . . . .	21 210.— "
Reise- u. Arbeitslosenunterstützung . . . . .	4 869.— "
Krankenunterstützung . . . . .	3 858.— "
Sterbegeld . . . . .	417.— "
Rechtsschutz . . . . .	987.— "
Sonstige Unterstützung . . . . .	141.— "
Gehälter . . . . .	4 390.— "
Verwaltung . . . . .	4 557.— "
Bibliothek . . . . .	561.— "
Beitrag an den Gesamtverband . . . . .	960.— "
Anteil der Lokalkassen . . . . .	16 374.— "
<b>Sa.: 78 785.— M.</b>	

Bilanz:

Gesamteinnahme . . . . .	104 721.— M.
Gesamtausgabe . . . . .	78 785.— "
<b>Rassenbestand . . . . .</b>	<b>24 936.— M.</b>

Am Schlusse des Jahres 1908 (31. Dezember 1908) waren jedoch laut „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“, Jahrgang 1909, Nr. 13, Seite 189, nur 21 899 Mann vorhanden. Es ergibt sich somit eine Unterbilanz von dreitausend und sechs- und achtzig Mark!!

Unter den Ausgaben im Jahre 1908 fällt uns ein Posten ganz besonders auf, und zwar derjenige: Anteil der Lokalkassen 16 374 Mark. Wie den Lokalkassen zur Befreiung ihrer Verwaltungsausgaben eine solche Summe bei einer Gesamtleistung von 62 381 Mark verbleiben kann, das ist sehr — sonderbar. Im Statut des Keramarbeiterverbandes vom 1. Juli 1908 heißt es Seite 4: Von den Beiträgen bleiben 10 Prozent den Lokalkassen und 90 Prozent der Hauptkasse. In besonderen Fällen können durch Zentralvorstandsbeschlusse den Lokalkassen 15 Prozent der Beiträge belassen werden; wenn die vorhandenen Mittel zur Deckung der Ausgaben für gewerkschaftliche Zwecke nicht ausreichen. Bei rund 63 000 Mark Beitragsleistung betragen die 10 Prozent, welche den Lokalkassen verbleiben, 6 300 Mark; da eine Anzahl von Zahlstellen wohl 15 Prozent durch Beschluß ausgesprochen erhielt, so mag dies etwa 3 000 Mark betragen; es bleibt dann aber immer noch eine Differenz von über 7 000 Mark. Dazu kommt dann noch die Unterbilanz bezw. der Verlust von 3 086 Mark am Schlusse von 1908!! Wo mag das Geld nur geblieben sein? Liegt es an falschen Buchungen, oder wo liegt der Fehler? Es wird der Zeitung des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes ein leichtes sein, über die immerhin schon große Differenz in ihrem Jahrbuch Aufklärung zu geben. Wir haben nochmals aufmerksam alle Posten geprüft, kamen aber zu keinem andern Resultat. Ehe wir den Bericht für das Jahr 1908 schließen, müssen wir noch einer Organisation gedenken, die den Namen führte: Steinarbeitervereinigung von Rayen und Umgegend. Soweit uns erinnert, wurde dieselbe 1904 gegründet; das Eintrittsgeld betrug 60 Pfg. und der Beitrag in 14 Tagen 25 Pfg. Zu Anfang des Jahres 1909 wurden die Mitglieder dem Keramarbeiterverbande überwiesen. Ueber die Art, wie der Uebertritt erfolgte, ein andermal. Die Mayener Vereinigung hatte 1908 im Durchschnitt 1167 Mitglieder, am 31. Dezember 1905.

Die Gesamteinnahmen betragen im Jahre 1908 . . . . . 6906.— M.

Die Einnahmen der Vereinigung im Jahre 1908 waren folgende:

Für Aufnahme . . . . .	202.— M.
Beiträge . . . . .	4997.— "
Extra-Steuer . . . . .	1295.— "
Sonstige Einnahmen . . . . .	412.— "
<b>Sa.: 6906.— M.</b>	

Die Ausgaben im Jahre 1908:

Für Agitation . . . . .	245.— M.
Streikunterstützung . . . . .	32.— "
Krankenunterstützung . . . . .	1425.— "
Sterbegeld . . . . .	940.— "
Rechtsschutz . . . . .	58.— "
Besondere Unterstützung . . . . .	100.— "
Gehalt . . . . .	402.— "
Verwaltung . . . . .	420.— "
Bibliothek . . . . .	7.— "
<b>Sa.: 3633.— M.</b>	

Zu dem Rassenbestand von 3273 Mark kommt dann noch das Vermögen von den früheren Jahren. Insgesamt dürfte das Gesamtvermögen der ehemaligen Steinarbeitervereinigung von Rayen und Umgegend jetzt circa 12 000 Mark betragen. Dieses Vermögen bezw. dieser Bestand wurde jedoch nicht dem Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbande überwiesen, sondern wird von dem Vorstand der Vereinigung weiter verwaltet. Einen ausführlichen Rechenschaftsbericht wird der Vorstand wohl demnächst erstatten?

Im Jahre 1909 betrug der Jahresdurchschnitt an Mitgliedern im Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbande 5721.

Die Einnahmen verteilten sich folgendermaßen:

Für Aufnahme . . . . .	1 181.— M.
Beiträge . . . . .	66 300.— "
Extrabeiträge . . . . .	1 190.— "
Sonstige Einnahmen . . . . .	21 461.— "
<b>Sa.: 90 132.— M.</b>	

Rassenbestand am 31. Dezember 1908 21 899.— M.

An Ausgaben im Jahre 1909 finden wir folgende Posten:

Verbandsorgan . . . . .	6 895.— M.
Agitation . . . . .	13 829.— "
Streik- und Gemahreg.-Unterst. . . . .	38 045.— "
Reise- und Arbeitslosenunterstützung . . . . .	3 214.— "
Krankenunterstützung . . . . .	4 980.— "
Sterbegeld . . . . .	584.— "
Rechtsschutz . . . . .	3 392.— "
Sonstige Unterstützung . . . . .	519.— "
Gehälter . . . . .	3 347.— "
Verwaltung . . . . .	4 060.— "
Bibliothek . . . . .	453.— "
Beitrag an den Gesamtverband . . . . .	960.— "
Anteil der Lokalkassen . . . . .	6 463.— "
<b>Sa.: 86 741.— M.</b>	

Bilanz:

Gesamteinnahme . . . . .	112 031.— M.
Gesamtausgabe . . . . .	86 741.— "
<b>Bestand am 31. Dezember 1909 . . . . .</b>	<b>25 290.— M.</b>

Im Geschäftsbericht des Jahres 1909 fällt uns in Einnahme besonders der Posten Diverse Einnahmen mit 21 461 Mark auf. Woher stammt diese besondere Einnahme? Hat irgendein guter Freund des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes diese Summe geschenkt oder ist es ein Darlehen des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften? Hier ist unbedingt nötig, daß die Leitung des Christlichen Verbandes klaren Aufschluß gibt.

Unter Ausgaben fällt uns besonders auf, daß die Kosten für Streik- und Gemahregelunterstützung im Jahre 1909 sehr hohe sind; circa 60 Prozent der Einnahmen aus Beiträgen wurden dafür ausgegeben. Im Jahrbuch selbst findet man nicht den geringsten Anhalt, was die einzelnen Streiks gekostet haben. So lange nicht hierüber genügend Aufklärung gegeben wird, muß dieser Posten als recht zweifelhaft bezeichnet werden, soweit die Höhe der Summe in Frage kommt. Für Agitation wurden 13 829 Mark ausgegeben. Dieser Posten erscheint uns viel zu gering. Der kleine Verband hatte im Jahre 1909 folgende festangestellte Beamte: im Zentralbureau die Herren Lehner und Fromm, als Bezirksleiter: Gundlach-Kassel, Brendel-Koblenz, Kail-Rayen, Lokalbeamter; Schwarz-Weiden, Joseph Lehner-Regensburg und Ripper-Dortmund; also acht Beamte. An Gehalt wird angegeben 3347 Mark, was jedenfalls für Herrn Lehner und teilweise für Herrn Fromm stimmen dürfte. Nehmen wir bei den sechs andern Beamten nur ein Grundgehalt von 1800 Mark an, so ergibt das an Gehalt insgesamt pro Jahr 14 400 Mark. Dazu kommen noch die Agitationsausgaben von den fünf Bezirksleitern pro Jahr. Jahrgeld und Kosten gering gerechnet mit 1000 Mark,  $\times 5 = 5000$  Mark. Insgesamt also mit dem Gehalt 22 400 Mark. Genaue Aufstellungen, wie auch hier eine genaue Aufstellung, welche Summe jeder Bezirksleiter verbraucht hat.

Ein weiterer Posten, der unsere Aufmerksamkeit erregt, ist die Ausgabe für Rechtsschutz mit 3392 Mark. Im Jahre 1907 betrugen die Kosten für Rechtsschutz 850 Mark, 1908 987 Mark und 1909 3392 Mark. Die Mitglieder des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes muß ja eine wahre Prozeßmühle gefallen haben. Auch hier wird wohl sicher von der Zeitung Aufklärung gegeben werden können.

Mit der Veröffentlichung der Finanzverwaltung des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes haben wir deswegen solange gewartet, damit uns nicht der Vorwurf gemacht werden kann, wir hätten dem Verbands bei der Durchführung seiner Lohnbewegungen Schwierigkeiten bereitet. Ueber die „Erfolge“ seiner Lohnbewegungen folgt dann ein besonderer Artikel später. Wir stellen nun das dringende Ersuchen an die Leitung des Christlichen Keram- und Steinarbeiterverbandes, seine Archive zu öffnen und in seinem Jahrbuch die so dringend nötige Aufklärung über unsere Fragen bezüglich der „Verwaltung“ und der „Geschichte“ zu geben. Ad. Herrmann.

## Literarisches.

Gedenkschrift zur Einweihung des neuen Dresdener Rathauses. Die Schrift aus der Feder von Paul Schuhmann gibt einen interessanten Ueberblick über die Entstehung und Einrichtung des soeben eingeweihten Rathauses. An den Fronten wurde sehr viel Sandstein aus dem Elbetal verwandt und im Innern ist mit dem Marmor nicht geizig worden. Den bildnerischen Schmuck hat Professor Wrbau entworfen. Dieser tat sich auch als hervorragender Bildhauer beim Leipziger Rathausneubau hervor.

Die Jesuiten von Wilhelm Dhr. Buchhandlung des Nationalvereins, G. m. b. H. in München. (Preis 1 M.) Der Verfasser sagt einleitend: „Die Schrift soll keine Streitschrift für oder gegen, sondern eine wissenschaftliche Arbeit über die Jesuiten sein.“ Diese Devise wird in der Tendenz der Broschüre auch eingehalten. Recht interessant ist es, was Dhr über den früheren Einfluß der Jesuiten in Deutschland sagt. Wer in Sachen der Klerisei und des Zentrums mitreden will, der muß die Broschüre lesen. Sehr oft wird über den Jesuitismus geredet; die Sprecher glauben mit allgemeinen Schlagwörtern der Klerisei Schaden zu können, aber meist wird das Gegenteil erreicht. Diejenigen Kollegen, welche nach einer guten Literatur Verlangen haben, mögen sich die billige, aber gut ausgestattete Broschüre anschaffen.

Warum ich kein Sozialdemokrat bin. Von Dr. phil. Stegk. Verlag von G. Vitz u. Co. m. b. H. in München. Preis 50 Pfg. Unter diesem Titel verbirgt sich eine politische Satire auf die Praktiken und die Methode des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Die Satire ist so gelungen, daß reaktionäre Zeitungen sie ihren Lesern als Kampfmittel gegen die Sozialdemokratie empfohlen haben. Unsere Leser werden dem Verfasser mit vielem Vergnügen auf dem wenig begangenen Gebiete der politischen Satire folgen und dabei Gelegenheit haben, die Kampfmittel der Reaktion als altes Gerümpel enthüllt zu sehen. Denn vieles, was in der Schrift spähhaft erscheint, wird bei den Reichstagswahlen ganz ernsthaft als Waffe gegen die Sozialdemokratie gebraucht werden.